

# Preussischer Landtag

Berlin, den 29. Jan. (Eig. Ber.)

SPD. Auf der Tagesordnung der Mittwoch-Sitzung stand die zweite Lesung des Etats des Volkswohlfahrts-Ministeriums, Abtlg. Gesundheitswesen.

Wohlfahrtsminister Dr. Hirtsiefer:

Der Allgemeine Gesundheitszustand in Preussen hat nach dem Krieg und der Inflation eine regelmässige leichte Besserung erfahren. Zum ersten Mal unterbrochen wurde diese günstige Entwicklung durch das erste Vierteljahr 1929. Unter dem Einfluss der starken Kältewelle hat sich die Zahl der Todesfälle gegenüber 1928 um ein Drittel vermehrt. Die Zahl der Grippetoten war in diesem Vierteljahr siebenmal so hoch wie in dem entsprechenden Vierteljahr des Vorjahres. Trotzdem die letzten Dreivierteljahre von 1929 sehr günstige Sterbeziffern aufweisen, wird die Gesamtziffer voraussichtlich so ungünstig sein wie 1923. Die Geburtenzahl war im Jahre 1928 gestiegen; einen umso stärkeren Rückschlag wird das Jahr 1929 bringen. Von 34 preussischen Grosstädten haben 20 im ersten Quartal 1929 mehr Todesfälle als Geburten. Geht die Entwicklung so weiter, dann wird in wenig mehr als zehn Jahren Deutschlands Einwohnerzahl unter 60 Millionen gesunken sein. (Bewegung). Im Vergleich zur Vorkriegszeit war die Säuglingssterblichkeit 1928 um 50 % gesunken. Auch hier war das erste Vierteljahr 1929 ausnahmsweise ungünstig. Seucheneinbrüche haben im Jahre 1929 verhütet oder abgewehrt werden können. Im Anschluss an Impfungen haben sich einige Fälle von Gehirnentzündung feststellen lassen. Trotzdem müssen wir am Impfwang festhalten. Holland, das ihn für ein Jahr aufgehoben hat, hat sofort 600 Pockenerkrankungen und 20 Todesfälle gehabt. Sowjet-Russland hat den Impfwang neu eingeführt und sofort die Krankheitszahl erheblich herabgedrückt.

Der Minister berichtet sodann über eine Nachprüfung der Gerson-Diät, den ausserordentlichen Rückgang der Geschlechtskrankheiten, namentlich der Syphilis und die Gründe des Einfuhrverbots für Papageien. Die Masernepidemie im Russenlager Hammerstein beruht, wie einwandfrei feststeht, auf der hochgradigen Unterernährung. Im Lager selbst ist die Verpflegung der russischen Durchwanderer einwandfrei. Eine erfreuliche Entwicklung hat die Schulzahnpflege genommen. Einer Neuregelung bedarf das Arzneimittel-Gesetz und die Arzneitaxe. Die Regierung begrüsst das gute Einvernehmen zwischen Apothekern und Krankenkassen und die einverständliche Erhöhung des Krankenkassenrabatts auf 10 %. Die Kreisärzte bedürfen einer Umstellung nach den neuzeitlichen Ergebnissen der Sozialhygiene. Ernste Sorge macht der ungeheuer anschwellende Ärztenachwuchs. Wir werden die Prüfungsordnung ändern müssen und die Ausbildung der künftigen Ärzte mehr auf die Erfordernisse der ärztlichen Praxis abstellen. Jedenfalls muss eine Verlängerung des medizinischen Studiums abgelehnt werden; sonst kommen wir statt zu einer Auslese der Begabten, zu einer Auslese der Wohlhabenden. Sehr viel enger hat sich im letzten Jahr unser Zusammenarbeiten mit dem Reichsminister des Innern gestaltet; es verspricht auf verschiedenen Gebieten gute Früchte. (Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Dr. Chajes (Soz.)

Informatorisch habe ich dem ausführlichen Rechenschaftsbericht des Herrn Ministers wenig hinzuzufügen. Wir erkennen seine Arbeit an und begrüssen mit Genugtuung, dass die Ausgaben für die Volksgesundheit noch um ein Geringes habe vermehrt werden können. Aber die Gesamtsumme von 12,6 Millionen im Jahr bleibt lächerlich gering gegenüber dem wirklichen Bedürfnis. (Sehr wahr! bei den Soz.) Vor einer allzugünstigen Beurteilung des Gesundheitszustandes habe ich bereits im Vorjahr gewarnt. Die ungeheure Zahl der Arbeitslosen und Ausgesteuerten wird den Gesundheitsstand der Bevölkerung notwendig weiter verschlechtern. Die

Wut gegen die angebliche Misswirtschaft der Gemeinden tobt sich auf Kosten der gesundheitlichen Wohlfahrtspflege aus. In Wahrheit treiben die Gemeinden keine Misswirtschaft, sondern erfüllen nur eben ihre Pflicht, die Arbeitslosen vor dem Hungertode zu bewahren. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) In der jetzigen notgedrungenen Sparsamkeit drosselt Berlin die Schwangeren-Fürsorge, schränkt die Tuberkulosen-Verschickung ein, streicht ein Drittel von den Mitteln für die Fürsorge für Lungenkranke, senkt die Ausgaben für die Schulgesundheitspflege, vermindert die Ausgaben für das Schulfrühstück um 50 % - all das wahrscheinlich, weil die günstige Wirtschaftslage eine Einschränkung der Ausgaben für die Wohlfahrtspflege unbedenklich erscheinen lässt. (Heiterkeit und Lachen bei den Soz.) Selbst die Mittel für die Trinkerfürsorge sind zusammengezogen, die Mittel für die Erholungspflege für Schulkinder auf die Hälfte herabgesetzt. Durch Verfügung vom 17. Januar hat der Berliner Magistrat angeordnet, dass die Serum- und Röntgenuntersuchungen in den städtischen Krankenhäusern eingeschränkt werden; alle wissenschaftlichen Untersuchungen werden kurzer Hand verboten. (Grosse Bewegung). Ich will die Durchschnittszahlen des Ministers nicht bestreiten; aber was beweisen Durchschnittszahlen, wenn in Waldenburg 2,5 % der Schulkinder tuberkulös und weitere mehr als 30 % skrofulös sind. (Bewegung). In der Aera Schacht treibt Deutschland Sparsamkeit auf Kosten seines einzigen Kapitals, der Volksgesundheit. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Mit dem Herrn Minister erkläre ich mich persönlich für die Schutzimpfung. Aber gerade deshalb verlange ich unbedingt, die Beseitigung der unerfreulichen Nebenerscheinungen des Impfwanges. Starke Bedenken haben wir dagegen, dass die bisherige Ministerialratsstelle für den Sachbearbeiter des Reichsversicherungsweßens künftig in Wegfall kommen soll. Das Berliner Oberversicherungsamt hat den Krankenkassen verboten, sich auf dem Kongress der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene durch einen Delegierten vertreten zu lassen. Auch das Ministerium selbst hat den Krankenkassen ähnliche Auflagen gemacht. Wir fordern Einschränkung auch der viel zu vielen Kongresse auf medizinischem Gebiet; aber hier hat man die Sparsamkeit wieder am falschen Ende angefangen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir können uns als Regierungspartei nicht den agitatorischen Luxus leisten, alle möglichen Mehrausgaben zu beantragen, wenn wir noch nicht einmal wissen, wie wir den Staatshaushalt ins Gleichgewicht bringen sollen. Aber wir stellen fest, dass die bisher zur Verfügung stehenden Mittel für die grossen Aufgaben des Staates auf dem Gebiet der Volksgesundheitspflege gänzlich unzureichend sind. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Allmählich sehen auch die Aerzteorganisationen ein, dass sie mit blossen Deklamationen gegen die Ueberschwemmung des ärztlichen Berufs nicht weiter kommen. Dabei haben wir noch garnicht zuviel Aerzte, sondern haben sie nur schlecht verteilt. Wir werden die Freizügigkeit der Aerzte für die ersten Jahre nach dem Examen einschränken müssen; sonst erleben wir eine Katastrophe des Aertzstandes, die auch eine Katastrophe der Volksgesundheit werden müsste. Je mehr Aerzte hungern, umso gefährdeter ist das Geld der Krankenkassen, über das sie verfügen. Auch eine Verbesserung der jetzt sehr mangelhaften Ehrengerichtsbarkeit und Berufsorganisation der Aerzte könnte daran nicht viel ändern. Die neuen Gesetze auf dem Gebiet des Arzneimittelwesens werden vor allem dem Arzneiwucher ein Ende bereiten müssen. Die Ueberhöhung der Preise für Diphtherieserum und Insulin ist trotz unserer Feststellungen vom Vorjahr unverändert geblieben. Sofort durchgeführt werden müsste die amtliche Arzneimittelprüfung, die keinerlei Ausgaben erfordert. Jetzt hat man z.B. festgestellt, dass rund die Hälfte der in Berlin als steril verkauften Verbandstoffe nicht steril sind. (Hört, hört!) Wir werden unsere Aufgabe weiter darin erblicken, das Volkswohlfahrtsministerium zu praktischen Leistungen für die Volksgesundheit vorwärts zu treiben. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Bundt (Dntl.) polemisiert gegen die Straffreiheit der Abtreibung und

des Homosexuälismus und rühmt die freie Liebestätigkeit, die menschlich viel mehr Gutes schaffe als ein Beamtenapparat.

Abg. Dr. Fassbender (Ztr.): Die jetzige Sparsamkeit im Gesundheitswesen ist das Verkehrteste, was wir überhaupt machen können. Die Krankheiten werden uns vielmehr kosten, als die Vorbeugung erfordern würde. (Sehr wahr!)

Frau Neumann (Komm.): Nur in Russland wird der arbeitende Mensch geschützt.

Abg. Heidenreich (DVP). Der Volkswohlfahrtsminister treibt eine ausgesprochene Zentrums-Personalpolitik. (Zurufe bei den Komm.: Ihr ärgert Euch bloss, weil Ihr nicht dabei seid. Ihr wollt den Minister mit Portemonnaie!) In der Angelegenheit der Remscheider Innungskrankenkasse ist der Minister auf das Drängen der Ortskrankenkassen umgefallen und hat die berechtigten Interessen des Mittelstandes verletzt.

Die Weiterführung der Debatte wird auf Donnerstag vertagt.

---

### Landtags-Stimmungsbild.

---

SPD. Berlin, den 29. Januar (Fig. Ber.)

Der Preussische Landtag fördert in rascher Beratung die Verabschiedung des Etats. Diese Arbeit hat freilich etwas Unwirkliches; denn über welche Mittel Preussen im nächsten Jahr verfügen wird, steht noch garnicht fest, hängt vielmehr vollständig vom Gange der Reichsfinanzreform ab.

Am Mittwoch erledigte der Preussische Landtag die noch ausstehenden Abstimmungen zum Domänenetat und begann dann die zweite Lesung des Etats der Volkswohlfahrt beim Kapitel Gesundheitswesen.

Wohlfahrtsminister Dr. Hirtsiefer gab einleitend einen erschöpfenden Tatsachenbericht sowohl über den allgemeinen Gesundheitsstand wie über die Arbeiten seines Amtes. Den Hauptnachdruck legte er auf die rasch sinkende Geburtenziffer und die keineswegs günstige Entwicklung der Sterbezahlen. Er sprach die Erwartung aus, dass wir binnen kurzem in Deutschland einem ausgesprochenen Rückgang der Bevölkerungszahl entgegengehen. Merkwürdig ist dabei, dass Deutschland eigentlich kein Zweikindersystem hat. Denn die Zahl der Anträge auf Verleihung der Ehrengabe für das zwölfte Kind (200 Mark) haben sich im letzten Jahr ungefähr verfünffacht. Offenbar ist die Zahl der kinderlosen Ehen noch sehr viel rascher gestiegen. Auch an das Kapitel der Bevölkerungspolitik sollte man bei der Neuverteilung der Steuerlasten denken.

Im Anschluss an Hirtsiefers Rechenschaftsbericht zeichnete Professor Dr. Chajes (Soz.) ein erschütterndes Bild der Wirkungen der jetzigen Sparsamkeitsparole in den Gemeinden auf die Volksgesundheit. Seine Feststellung, dass wir in der Aera Schacht vom einzigen Kapital leben, das wir überhaupt noch besitzen, nämlich von der Gesundheit des deutschen Volkes, fand nicht nur die Zustimmung der Sozialdemokratie, sondern wurde auch von dem Zentrumsredner Dr. Fassbender ausdrücklich unterstrichen. - Nach einer Russlandhymne, die die kommunistische Abg. Frau Neumann vortrug - teils lachte das Haus, teils war man aufrichtig empört über die aufgelegten Lügen - erzielte der volksparteiliche Abg. Dr. Heidenreich einen starken Heiterkeitserfolg mit einem heftigen Angriff gegen die "unparitätische" Personalpolitik des Ministers, seine Bevorzugung der katholischen Amtsbewerber. Die Zurufe, die Herr Heidenreich erhielt, werden ihn darüber belehrt haben, dass die Volkspartei wieder einmal auf dem besten Wege ist, Dummheiten zu machen. Aber die Demokraten - Herr Dr. Falk und das "Berliner Tageblatt" - haben ihm ja das Stichwort vom bedrohten evangelischen Volksteil geliefert.

Die Debatte wird am Donnerstag fortgesetzt.

# Gewerkschaftliche Rundschau \*

Schleim und Senf.

Kommunistische Spitzenleistung.

SPD. Seit einiger Zeit bemüht sich die Kommunistische Partei, bei den Landarbeitern Anschluss zu finden. Ihre dabei angewandten Agitationsmethoden sind von ein er nicht mehr zu überbietenden Schamlosigkeit. Alle ihre bisherigen Rekorde auf diesem Gebiet werden von ihr selbst in den Schatten gestellt. Ihre Hetze beschäftigt sich fast einzig und allein mit dem Deutschen Landarbeiterverband. Sie hat hier so viel zu tun, dass ihr für die Bekämpfung der rückständigen ländlichen Arbeitsverhältnisse gar keine Zeit mehr übrig bleibt. Den Landarbeitern die freien Gewerkschaften zu vereiteln - das allein ist ein Ziel, für das man sich in der KPD begeistern kann. Um dieses schönen Zieles willen scheut man keine Unkosten. Man lässt förmliche Hintertreppenromane schreiben und verarbeitet sie zu Agitationsmaterial gegen den Deutschen Landarbeiterverband. Die Schund- und Schmutzliteratur kommunistischer Agitation unter den Landarbeitern hat in einer zurzeit verbreiteten Broschüre, die die KPD unter dem Titel "Einer für alle, und alle für einen" herausgebracht hat, eine Spitzenleistung politischer Vergiftung aufzuweisen. Das Machwerk strotzt förmlich von Gemeinheiten gegen den Deutschen Landarbeiterverband.

Das Kernstück der Broschüre besteht in einer Unterhaltung zwischen einem Gutsbesitzer und einem Angestellten des Deutschen Landarbeiterverbandes sowie einem Vertreter der Christen. Der Mann des Landarbeiterverbandes trägt den Namen Senf, der Christ den nicht weniger schönen Namen Schleim. Die Unterhaltung dreht sich um Lohndifferenzen und spielt sich nach der Phantasie des kommunistischen Schmierfinken folgendermassen ab:

"Guten Tag, Herr Baron." "Tag, meine Herren." "Mein Name ist Schleim, Kreisleiter vom christlichen Zentralverband, und hier der Herr ist Herr Senf, Kreisleiter vom Deutschen Landarbeiterverband." "Ach, wollen Sie doch bitte Platz nehmen, und wenn ich bitten darf - - ?" Der Baron reichte die Kiste mit Zigarren und beide langten zu. "Sie müssen schon entschuldigen, Herr Baron", fing Senf an zu reden, "wir waren selbst überrascht, dass unsere Leute, die doch sonst so friedlich sind, mit derartigen Forderungen an Sie herantreten." "Ja, es verstößt direkt gegen unsere Sittengesetze des Christentums und gegen die Statuten des Zentralverbandes", fiel ihm Schleim ins Wort, "dass die Leute solche Forderungen stellen." "Es dürfte ja Herrn Baron bekannt sein", meinte Senf, "dass wir als Sozialdemokraten alles daran setzen, um den Wirtschaftsfrieden zu erhalten. Unser gesamte Politik in den Gewerkschaften, den Parlamenten und auch in den höheren Regierungsstellen ist ja auf die Erreichung der Wirtschaftsdemokratie eingestellt und ich brauche Ihnen doch nicht besonders, Herr Baron, auseinanderzusetzen, was wir beide wohl darunter zu verstehen haben. Und überdies, auf Grund unserer Verbandsstatuten brauchen Sie unbesorgt zu sein..."

Der Baron nahm die Kognakflasche aus dem Schranke und schenkte ein. "Zur Stärkung!" "Prost!" "Vielleicht lässt sich eine Einigung erzielen", fuhr er fort "Es liegt mir fern, es jetzt zu einem Konflikt kommen zu lassen, zumal ich eine längere Reise vorhabe und diese Angelegenheit bis dahin aus der Welt schaffen möchte. Ich will den Leuten noch einen Pfennig zulegen." "Ja, einen ähnlichen Vorschlag hätte ich auch gemacht", meinte Senf, und zwar so: "Wir fordern 5 Pfennig Lohn mehr. Sie stellen eine Gegenforderung von 2 Pfennig Lohnabzug, dann kämen die Leute also einen Pfennig mehr. Im ganzen gesehen, würde das aber für

die Leute einen Erfolg von 7 Pfennig bedeuten. Ich glaube, dass ich das vor meinem Verbandsvorstand verantworten kann und bin überzeugt, dass auch Herr Schleim mit diesem meinen Vorschlag sich einverstanden erklären wird." Zustimmend nickte Schleim und spülte mit dem achten Glas Kognak seine Genugtuung hinunter. "Also abgemacht", meinte der Baron, "und eines sage ich Ihnen, meine Herren Verbandsvertreter, setzen Sie alles durch, tun Sie Ihr möglichstes, damit ich wenigstens die Ernte erst untergebracht habe. Ich werde mich Ihnen gegenüber natürlich auch dankbar erweisen. Sie verstehen doch---?" Senf blies eine dicke Rauchwolke aus der herrlich duftenden Havana in die Luft, und ein zufriedenes Lächeln überzog sein Gesicht. "So also kann ich mich auf Sie verlassen, meine Herren?" "Aber ganz bestimmt, Herr Baron." Und beide Kreisleiter verabschiedeten sich."

Der Deutsche Landarbeiterverband steht zu hoch, als dass ihn diese Gemeinheiten treffen könnten. Sie müssen jedoch als Dokument der Verwilderung der politischen Sitten registriert werden. Man ist bei der KPD bereits an allerhand gewöhnt. Allein sie ist, wie die schmutzige Agitation ihrer Leute unter den Landarbeitern zeigt, anscheinend in der Erfindung immer neuer Gemeinheiten und Lumpereien von unübertrefflicher Meisterschaft. "Der schrecklichste der Schrecken ist der Kampf mit Ungeziefer, das Duell mit einer Wanze."

SPD. Der Vorbereitung der Ratifikation des Washingtoner Abkommens bereiten in England zurzeit die Eisenbahnverwaltungen grosse Schwierigkeiten. Sie möchten am liebsten gänzlich von der Ratifikationsurkunde ausgeschlossen werden. Sie sträuben sich vor allem gegen einen gesetzlichen Eingriff in die tarifliche Arbeitszeitregelung und verscharzen sich hinter dem Vorwand, dass schon technische Gründe eine möglichst elastische Gestaltung der Arbeitszeit erforderten, die durch eine gesetzliche Regelung beeinträchtigt werde.

Der Widerstand der englischen Eisenbahnverwaltungen gegen das Washingtoner Abkommen berührt etwas eigenartig. In Belgien ist das Abkommen bereits durchgeführt und man hat bis jetzt nichts davon gehört, dass die belgischen Eisenbahnen nicht funktionieren. Was in Belgien möglich ist, muss auch in England möglich sein.

In Deutschland liegen die Dinge zurzeit so. In Paris sind bei den Reichsbahn-Verhandlungen die rechtlichen Möglichkeiten, das Washingtoner Abkommen durchzuführen, geschaffen worden. Ob die deutsche Gesetzgebung aus dieser Möglichkeit Wirklichkeit macht, ist im Augenblick noch immer eine offene Frage.

SPD. Die Breslauer Zigarettenfabrik Eckstein-Halpaus hat dem Breslauer Regierungspräsidenten Stillegung ihres Betriebes angemeldet und für die Dauer der Sperrfrist Verkürzung der Arbeitszeit der Belegschaft bis zu 24 Stunden in der Woche beantragt. Die Stillegung betrifft 532 Arbeiter und 49 Angestellte. Es ist für Breslau der vollständige Fabrikabbruch angemeldet. Die bisherige Breslauer Produktion und ein Teil der Belegschaft sollen von der Dresdner Fabrik des Konzerns übernommen werden. Für die übrigen Arbeitskräfte hat die Firma einen Fond geschaffen, aus dem man sie bis zur Dauer von 6 Monaten nach Ablauf der gesetzlichen Unterstützungszeit unterstützen will.

SPD. In Chemnitz erlitten die Kommunisten in der Generalversammlung des Landesverbandes eine vernichtende Niederlage. Bei den Wahlen erhielt die Liste der SPD 312 Stimmen, während die Kommunisten nur 25 Stimmen mustern konnten. Sie hatten gehofft, nach dem am vergangenen Sonntag stattgefundenen Landeskongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition besonders gut abzuschneiden. Um so grösser ist jetzt ihr Katzenjammer.

SPD. In Köln haben die Vertreter des Baugewerksbundes zusammen mit den Vertretern der Bauunternehmer bei dem Oberbürgermeister Adenauer vorgesprochen und die baldige restlose Durchführung des städtischen Wohnungsbauprogramms, vor allem der bereits bewilligten Bauvorhaben, gefordert. Der Oberbürgermeister verwies in der Aussprache auf die allgemeine Geldknappheit, unter der auch Köln leide; er betonte jedoch, dass er sich unter allen Umständen für die Wiederbelebung der Bautätigkeit nach Massgabe der vorhandenen Mittel einsetzen werde und zwar auch dann, wenn sich die Aussichten für die Behebung des Geldmangels nicht günstiger gestalteten.

SPD. In Kleinrentnerkreisen mehren sich die Klagen, dass die Bezirksfürsorgeverbände in rigoroser Weise durch Zahlungsbefehle die Rentner oder deren Kinder zwingen, gewährte Fürsorgeleistungen zurückzuerstatten. Das Vorgehen der Fürsorgeverbände wird damit erklärt, dass die Reichsregierung mit dem Gedanken an eine Milderung der Rückerstattungsbestimmungen umgehe. Das veranlasse die Fürsorgeverbände, sozusagen noch schnell vor Torabschluss, d.h. vor dem etwaigen Erlass neuer Bestimmungen alle ihre Forderungen durch Versendung von Zahlungsbefehlen sich zu sichern.

Der Vorsitzende des Deutschen Rentnerbundes hat anlässlich des Wiederzusammentritts des Reichstags abermals die Parteien ersucht, nunmehr endlich das Rentnerproblem einer Lösung entgegenzuführen. Das Rentnerversorgungsgesetz wird wie so manch andere wichtige soziale Vorlage erst dann verabschiedet werden können, wenn der Youngplan und die grossen Finanzfragen erledigt sind.

SPD. Die Zahl der Ausländer unter den Bergleuten des Ruhrreviers betrug im Oktober vergangenen Jahres noch 14 764. Die meisten ausländischen Bergleute stammen aus der Tschechoslowakei; es folgen dann Jugoslawien, Oesterreich, Polen, Holland, Ungarn, Italien und Russland. Im Verhältnis zur gesamten Ruhrbelegschaft gab es im Oktober vergangenen Jahres 3,85 Prozent Ausländer.

Vor dem Krieg betrug die Zahl der Ausländer im Ruhrbergbau rund 35 000. In den Nachkriegsjahren wanderten viele Polen entweder nach Oberschlesien oder nach Polen zurück oder sie gingen nach Belgien und Frankreich, zum Teil auch nach Holland, das sich aus einem Kohleneinfuhrland zu einem Ausfuhrland entwickelt.

Die Zahl der Bergarbeiter hat im vergangenen Jahr um rund 18 000 zugenommen. Die Kinder der deutschen Bergarbeiter zeigen wenig Neigung, den Beruf des Vaters zu ergreifen. Unter diesen Umständen verdient die Verwendung der Ausländer im deutschen Bergbau zum Schaden der in anderen Berufen brach liegenden Arbeitswilligen Beachtung und Aufmerksamkeit.

Für den niederschlesischen Bergbau finden zur Neuregelung der Löhne am 31. Januar Schlichtungsverhandlungen statt. Die nach der Kündigung des Lohnvertrags durch die Bergarbeiterverbände stattgefundenen Parteiverhandlungen brachten kein Ergebnis. Die Arbeiter fordern eine Erhöhung der Tariflöhne um 10 Prozent. Die Unternehmer lehnen jedes Zugeständnis ab.

SPD. Die Zahl der Obdachlosen nimmt in Warschau von Tag zu Tag zu. Die Asyls beherbergen zurzeit 3 555 Familien, die aus 13 082 Personen bestehen. Die in den Zufluchtsstätten untergebrachten Existenzen sind aber nur ein Teil des grossen Obdachlosenheeres.



## Wie wirkt die neue Zollregelung?

Von Eugen Prager.

SPD. Während die grossagrарische Presse behauptet, die Sozialdemokratie habe durch ihre Mitarbeit an der letzten Zollregelung die Lage der Landwirtschaft verschlechtert, behauptet die kommunistische Presse, die Sozialdemokratie habe sich am Zollwucher beteiligt; sie sei daran schuld, dass Brot und Fleisch, alle Lebensmittel und Bedarfsartikel im Preis gestiegen seien. Behauptung steht gegen Behauptung.

Bis zum Sommer 1929 hatte tatsächlich jede Neuregelung der Zollsätze den Charakter des Wuchers, d.h. die Zölle waren stets einseitig dem Interesse der Grossagrарier angepasst, während auf den Verbraucher, auf den kleinen Landwirt und auf den Landarbeiter keine Rücksicht genommen wurde. Die letzte Zollregelung dieser Art erlebten wir kurz vor der Sommerpause des Reichstags im Jahre 1929, als die Deutsche Volkspartei und das Zentrum, also zwei Regierungsparteien, zusammen mit den Deutschnationalen gegen die Sozialdemokratie eine Reihe von Beschlüssen fasste. Wenn die Sozialdemokratie damals nicht die politische Konsequenz aus diesem Verhalten ihrer Koalitionspartner gezogen hat, so geschah das aus folgenden Erwägungen: Eine Reihe von Zollerhöhungen konnte überhaupt abgewehrt werden. Andere Zollerhöhungen blieben weit hinter den agrарischen Forderungen zurück oder standen nur auf dem Papier. Das bisherige Kontingent an zollfreiem Gefrierfleisch blieb gesichert.

Die Zollmassnahmen der bürgerlichen Reichstagsmehrheit hatten sich als Fehlschlag erwiesen. Das zeigte sich besonders deutlich auf dem Getreidemarkt. Die Getreidepreise, vor allem die Preise für Roggen, waren so gedrückt, dass der getreidebauende Landwirt dabei nicht auf seine Rechnung kommen konnte. Die Arbeiterklasse hat aber kein Interesse daran, dass die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung herabgedrückt wird. Die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit setzt im Gegenteil eine Hebung der Kaufkraft sowohl der städtischen wie der ländlichen Bevölkerung voraus. Dazu kommt noch die Aufgabe, die ungeheuren Preisschwankungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu überwinden, die lediglich der Spekulation im Handel zugute kommen, von denen aber weder die Erzeuger noch die Verbraucher irgend welchen Vorteil haben. Während die Getreidepreise zurückgingen, erlebten die Verbraucher sogar noch eine Steigerung der Preise für Brot und Kleingebäck.

Vor dem Zusammentritt des Reichstags im Herbst 1929 verlangte so sozialdemokratische Reichstagsfraktion von der Regierung, dass sie Zollbeschlüsse der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie verhindere und die künftige Agrарpolitik nur im Einverständnis mit der Sozialdemokratie betreibe. Die Sozialdemokratie liess sich dabei von der Auffassung leiten, dass die Durchführung der neuen extrem-agrarischen Forderungen verhindert und der Versuch unternommen werden müsse, die vom Sozialdemokratischen Parteitag in Kiel im Jahre 1927 gewiesenen Wege in der Agrарpolitik zu beschreiten. Diese Stellungnahme blieb nicht ohne Erfolg. Es wurde eine Zollregelung getroffen, die die Stabilisierung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse ermöglichen sollte, ohne jedoch den Verbraucher zu belasten.

Wie war bisher die Wirkung der Dezember-Beschlüsse des Reichstags? Nach den Feststellungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin ergibt sich:

An der Berliner Produktenbörse betrug der Preis für Weizen je Tonne am 23. Dezember 1929 = 243.- bis 244.- Mark, am 23. Januar 1930 = 247.- bis 250.- Mark. Für Roggen ist der Preis von 170.- bis 172.- Mark auf 159.- bis 161.- Mark zurückgegangen. Weizenmehl wurde notiert am 23. Dezember 1929 mit 29¼ bis 35.-M, am 23. Januar 1930 mit 30.- bis 35.50 Mark je Doppelzentner, Roggenmehl mit 23,25 bis 26.90 und 22¼ bis 25¼ Mark. Der Erzeugerpreis für Butter erste Qualität betrug am 24. Dezember 1929 166.- Mark, am 23. Januar 1930 155.- Mark je Doppelzentner. Der Preis für Lebendvieh ist bei Ochsen bester Qualität von 60½ auf 58½ Mark je Doppelzentner zurückgegangen, bei Kälber von 98½ auf 83 Mark, bei Schweinen blieb es nach einigen Schwankungen bei 81 Mark. Bei den Erzeugerpreisen für Kartoffeln zeigt sich ein kleiner Rückgang.

Bei den Kleinhandelspreisen zeigt sich folgendes: Die Preise für Fleisch sind fast unverändert geblieben, nur Schweinefleisch hat leicht angezogen. Roggenbrot kostete am 11. Dezember 39,4 das Kilo am 22. Januar 39,5; Schrippen zogen von 75,1 auf 76 Pfennig an. Roggenmehl sank von 48 auf 47 Pfennig, Weizenmehl blieb bei 55 Pfennig. Bei Vollmilch ist der Preis in dem gleichen Zeitraum von 30 auf 27 für den Liter zurückgegangen, bei inländischer Molkereibutter von 4,20 auf 3,90 für das Kilo.

Im ganzen gesehen ist also das Ergebnis keineswegs ungünstig. Wenn die Stabilität der Erzeugerpreise noch nicht vollkommen erreicht ist, so liegt das nur daran, dass man vor allem in der Getreidewirtschaft den von der Sozialdemokratie gewiesenen Weg nicht entschlossen weitergegangen ist. Für die Verbraucher ist keine Mehrbelastung eingetreten; gegen die Uebervorteilung durch den spekulativen Handel müssen sie sich allerdings durch die stärkere Förderung der Genossenschaftsbewegung zur Wehr setzen.

In diesem Zusammenhang muss jedoch eine andere Frage gestreift werden. Haben sich die Lebenshaltungskosten für die arbeitende Bevölkerung in Deutschland in den letztvergangenen Jahren so erhöht, dass wir vor einer Verelendungskatastrophe stehen, wie in der kommunistischen Presse behauptet wird? Dazu einige Tatsachen: Wenn man die ohne Zweifel vorhandene Steigerung der Lebenshaltungskosten ins Verhältnis zur Steigerung der Tariflöhne setzt, um auf diese Weise den Reallohn zu ermitteln, so erfährt man nach den amtlichen Ermittlungen, die von den Untersuchungen der Gewerkschaften im allgemeinen bestätigt werden: der Reallohn konnte im Jahre 1927 um 3,6 % und im Jahre 1928 um 6,9 % gesteigert werden; im Jahre 1929 dürfte die Steigerung 4 bis 5 % betragen haben. Dieses Bild wird jedoch ungünstig beeinflusst durch den Ausfall an Lohn, den die gesamte Arbeiterklasse durch Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit erlitten hat. Dabei ist wiederum zu berücksichtigen, dass dieser Ausfall dank dem System der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge wie der allgemeinen öffentlichen Fürsorge, doch wieder wesentlich herabgedrückt werden konnte.

Wir kommen zu folgender Schlussfolgerung: Es bleibt noch viel zu tun übrig, um die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen entscheidend zu verbessern, ohne dabei die berechtigten Interessen der landwirtschaftlichen Erzeuger zu schädigen. Die Gewerkschaften stehen mitten im Kampfe um eine wesentliche Erhöhung des Anteils der Arbeiterschaft an den Ertragnissen der Wirtschaft. Die Sozialdemokratie stärkt durch ihre politische, sozialpolitische und finanzwirtschaftliche Arbeit die Grundlagen für diesen Kampf. Der entscheidende Grund aber dafür, dass in diesem Kampfe nicht schnellere und grössere Erfolge erzielt werden ist die Zersplitterung der Arbeiterklasse, ist die selbstmörderische Taktik, die die kommunistische Partei dem Proletariat empfiehlt.

Zu der uns heute beschäftigenden Frage ist im besonderen zu sagen: Wer die Behauptung aufstellt, dass die Zollregelung vom Dezember zu Preissteigerungen geführt hat bzw. führen müsse, der besorgt die Geschäfte der Spekulation, der tritt als offener Feind der Arbeiterklasse auf!



SPD. Die Stadt Berlin hat im Laufe des Monats Januar rund 33 Millionen Mark an Krediten (25 Millionen Mark von den Reichselektrowerken und 8 Millionen Mark von der Brandenburgischen Girozentrale) aufgenommen, um den Zahlungsverpflichtungen gegen Monatsende nachzukommen. Für die Monate Februar und März ergeben sich aber neue Schwierigkeiten. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, schweben jetzt Verhandlungen zwischen Berlin und einem Bankkonsortium über Gewährung eines neuen Darlehens. Höhe und Bedingungen dieses neuen Kredits sind noch nicht festgesetzt. Wahrscheinlich wird ein Gesamtbetrag von rund 50 Millionen Mark in Frage kommen. Die Nachricht, dass mit dem neuen Kredit eine beschleunigte Schuldentilgungsaktion verbunden sei, wird von der Stadt als unrichtig bezeichnet. Demnach liegt auch die Gefahr einer neuen Steigerung der Verkehrs- und Energietarife nicht vor.

---

SPD. Die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, deren Passagier- und Frachtschiff Monte Cervantes vor kurzem in südamerikanischen Gewässern untergegangen ist, hat bei Blohm & Voss 2 Motor-Passagier- und Frachtschiffe in Auftrag gegeben. Es handelt sich um Neubauten in der Grössenklasse der untergegangenen Monte Cervante. Bei beiden Schiffen handelt es sich um einen Auftrag von rund 28 000 Tonnen.

---

SPD. Die Reichsbahngesellschaft scheint sich jetzt entschlossen zu haben, eine abermalige Erhöhung der Tarife zu fordern. Ueber die Tagung ihres Verwaltungsrats gibt die Reichsbahngesellschaft nämlich ein Kommuniqué heraus, das die finanzielle Situation nicht gerade rosig schildert. Im Kommuniqué wird u.a. gesagt, dass die Verkehrsentwicklung in den letzten beiden Monaten nicht gerade günstig war, was aber angesichts der Jahreszeit usw. durchaus erklärlich ist. Hinsichtlich der Vereinbarungen im Haag wird bemerkt, dass die geplante Mobilisierungsanleihe Aussicht auf eine Erleichterung der Lage der Reichsbahn gebe, soweit Anleihen für werbende Zwecke in Frage kommen. Entsprechende Verhandlungen (Aufträge) sollen auch sofort aufgenommen werden. Die zur Befriedigung der laufenden Bedürfnisse für Betrieb und Erneuerung Anleihen nicht zur Verfügung ständen, blieben die alten Schwierigkeiten bestehen. Der Verwaltungsrat habe alle in Betracht kommenden Möglichkeiten zum Ausgleich der Betriebsrechnung nochmals eingehend erörtert und den Generaldirektor mit weiteren Schritten bei der Reichsregierung beauftragt.

Bereits vor einigen Tagen wurde das Gerücht verbreitet, dass die Reichsbahngesellschaft eine neue Erhöhung der Gütertarife bzw. der Güterausnahmetarife gefordert habe. Die Reichsbahngesellschaft hat dieses Gerücht am Sonnabend dementiert. Im vorstehenden Kommuniqué bestätigt sie jedoch das Gerücht.

---

SPD. Die Reichsbank hat ihre Generalversammlung für den 15. Februar morgens 10 Uhr einberufen. Auf der Tagesordnung steht u.a. die Beschlussfassung über Aenderung des Bankgesetzes. Damit wird der Streit über die Verteilung der Reichsbankgewinne akut. Das Reich fordert mit Recht eine grössere Beteiligung an den Gewinnen, dagegen berufen sich die Aktionäre auf sogenannte wohlworbene Rechte, ohne zu bedenken, dass die Situation seit 1924 eine andere geworden ist und dass auch der Gewinnverteilungsschlüssel der Reichsbank unter internationalem Druck zustande kam. Weiter muss auch die Finanzlage des Reiches berücksichtigt werden. Selbstverständlich ist für den neuen Gewinnverteilungsschlüssel die Entscheidung des Reichstages massgebend. Wir nehmen auch an, dass bis zur Generalversammlung der Reichsbank eine Einigung mit der Regierung zu-

stande gekommen sein wird. Oder gelüftet's Dr. Schacht nach einem neuen Spektakel?

---

SPD. In der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie scheint eine äusserst wichtige Umgruppierung bevorzustehen. Nach Mitteilungen, die zutreffen dürften, wird die Mehrheit des Phönixkonzerns (Kapital 205 Millionen Mark) aus den Händen der Otto Wolff-Gruppe auf den Generaldirektor Friedrich Flick übergehen. Wie die Phönixaktien bezahlt werden sollen, darüber liegen bestimmte Nachrichten nicht vor. Es handelt sich also wieder einmal um ein Millionengeschäft der übermangelnde Kapitalbildung klagenden Schwerindustrie, von denen man nicht weiss, woher die Millionen kommen.

Friedrich Flick ist aus der siegerländischen Industrie hervorgegangen und stützte sich lange Zeit auf die Charlottenhütte bei Siegen, die später in den Kreis des Ruhrtrustes einbezogen wurde. In den Nachkriegsjahren war Friedrich Flick ohne Zweifel neben Hugo Stinnes und Hugenberg einer der grössten Inflationsgewinner. Sein Inflationssegens lässt sich zahlenmässig kaum darstellen. Um diese Zeit fasste Flick auch Fuss in der polnischen Eisenindustrie, wo er neben den nordamerikanischen Harrimankonzern zu den ausschlaggebenden Finanziers gehört. In Deutschland selbst drang Flick in die Domäne Emil Kirdorfs, in die Gelsenkirchener Bergwerke A.-G. ein. Die Aktivität Gelsenkirchens (Stickstoffpläne, Aufkauf der Essener Steinkohle usw.) ist auf den Tatendrang Flicks zurückzuführen. Durch die Verbindung Flick - Charlottenhütte - Gelsenkirchen - Phönix entsteht ein neues Mammutgebilde in der Schwerindustrie, das nicht nur den Ruhrtrust beherrschen, sondern auch sonst seinen Einfluss (polnische Montanindustrie) geltend machen wird.

Die Vormachtstellung Flicks im Ruhrtrust ist auch von sozialpolitischer Bedeutung. Man sprach eine Zeit lang davon, Vögler vom Ruhrtrust in den Ruhestand zu schicken, weil er krank sei und nicht die nötige soziale Härte habe. Aus diesen Plänen wurde nichts. Vielleicht scheint jetzt Flick mit der Erwerbung von Phönix sein Ziel erreichen zu wollen.

---

SPD. Die Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen wendet sich mit einem Aufruf "Schweinehaltung in Gefahr!" an die Schweineproduzenten. Der Aufruf stellt fest, dass, auf Grund besonderer Erhebungen, die bisherigen, für den Schweinehalter besonders günstigen Verhältnisse am Schweinemarkt von Monat zu Monat verschlechtert haben. Bis zum Oktober 1930 könne aber von einer ausgesprochenen Gefahr nicht geredet werden. Ausschlaggebend sei der im Juni 1930 voraussichtlich vorhandene Ferkelbestand, wovon abhinge, ob im Frühjahr 1931 wiederum eine Schweinepreiskatastrophe eintreten werde. Es handle sich hierbei um die Ferkel der Sauen, die im Januar und Februar 1930, als im gegenwärtigen Zeitraum, gedeckt werden. Die gegenwärtigen Verhältnisse gleichen denjenigen im Jahre 1926/27, wo sich die Schweinepreiskatastrophe vorbereitete. Am 1. Dezember 1929 seien 90 000 Zuchtsauen mehr festgestellt worden als am 1. Dezember 1926. Die Reichsforschungsstelle erteilt folgenden Rat: "Jeder, der in den Monaten Februar, März und April Sauen decken lassen möchte, überlege sich dies reiflich und führe auf keinen Fall mehr Sauen den Ebern zu, als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Wer dieser Warnung nicht folgt, der sei sich darüber klar, dass er den ihm daraus entstehenden Verlust sich selbst zuzuschreiben haben und dass ihn keiner vor diesen Verlusten schützen können wird."

---

Kurseinbussen durch Stützungen eingeholt.

(Getreidebörse vom 29. Januar).

SPD. An der Berliner Produktenbörse blieb am Mittwoch das Angebot an promptem Weizen zwar gering. Jedoch fanden auch nur wenig Umsätze statt, da die Mühlen nur zu nachgebenden Preisen Kauflust zeigten. Am Markte der Zeitgeschäfte lagen die Eröffnungsnotierungen zwar etwas schwächer, konnten aber im Verlaufe der Börse wieder anziehen. Der in verstärktem Masse angebotene Roggen fand bei den Stützungsstellen restlose Aufnahme, zu unveränderten Kursen. Auch am Markte der Zeitgeschäfte konnten die anfänglichen Verluste durch Stützungen wieder eingeholt werden. Hafer hatte bei grossem Angebot und versagerender Kauflust sehr matte Tendenz. Mehl wurde zu unveränderten Forderungen angeboten. Einige Umsätze fanden in feinen Auszugsmehlen statt.

	28. Januar (ab märkische Station in Mark)	29. Januar
Weizen	244 - 247	243 - 246
Roggen	160 - 163	160 - 163
Braugerste	170 - 180	170 - 180
Futter- und Industrierogerste	147 - 158	147 - 158
Hafer	131 - 141	130 - 140
loco Mais Berlin	166	166
Weizenmehl	29,50 - 35,00	29,00 - 35,00
Roggenmehl	22,00 - 25,00	21,75 - 24,75
Weizenkleie	9,50 - 10,00	9,50 - 10,00
Roggenkleie	8,25 - 8,75	8,25 - 8,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 258-258½ (Vortag 259½), Mai 270-270½ (270½), Roggen März 180-181 (181), Mai 187½-188 (188). Hafer März 145½-145 (146), Mai 154-153 (155½).

SPD. Das jetzt vorliegende Ergebnis des deutschen Schuhwarenaussenhandels für das Jahr 1929 ist eine einzige Anklage gegen den Versuch, die deutsche Verbraucherschaft mit höheren Schuhzöllen zu belasten. Die äusserst günstige Entwicklung geht aus folgenden Angaben hervor:

	1929	1928	1927
	( in 1 0 0 0 Paar )		
Einfuhr	2 150 870	4 210 653	2 946 263
Ausfuhr	2 746 441	1 991 981	2 237 291

Die Verbesserungen liegen auf der Hand. Der Einfuhrwert machte 21,446 Millionen Mark aus, der Ausfuhrwert dagegen 30,304 Millionen Mark. Demnach ist die deutsche Aussenhandelsbilanz im Jahre 1929 mit etwa 9 Millionen Mark aktiv gewesen. Das beweist, dass die Forderung nach höheren Schuhzöllen ein Unding ist und dass die sozialdemokratische Reichstagsfraktion schon Recht hatte, als sie vor Monaten darauf verwies, die Behandlung der Schuhzollfrage müsse die anders gewordene Situation im Schuhaussenhandel berücksichtigen. Die Situation lässt sich jetzt überschauen und sie spricht durchaus gegen höhere Schuhzölle.

Im Monat Dezember, allein ging die Einfuhr von Lederschuhwerk gegenüber dem Dezember 1928 um mehr als 20 % zurück, die Ausfuhr steigerte sich dagegen um rund 61 %.

# Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 29. Januar 1930.

Der Mann, der leider wieder gesund wurde....<sup>x</sup>

Von Leopold Wondt.

SPD. Willem von Vlies war Holländer und wohnte in der marokkanischen Hafenstadt Casablanca, wo er seit vierzehn Jahren ein Zimmergeschäft betrieben hatte. Er sah gesund aus, hatte eine sportlich trainierte Gestalt und hätte demzufolge eigentlich wohl auf sein müssen. Aber der Aufenthalt in Afrika bekommt manchem Europäer doch nicht so recht, selbst wenn es ihm in materieller Beziehung gut geht - und - Willem von Vlies war mit den Jahren recht nervös geworden. Er war nicht alt, nur 38 Jahre, und war seit sieben Jahren verheiratet. Yvonne, seine Frau, war Französin und stammte aus einer kleinen, am Mittelmeer gelegenen Stadt. Sie war hübsch, hatte graue Augen und dunkles Haar. Sie liebte ihren Mann und niemand sonst auf der Welt - aber in letzter Zeit war er etwas sonderbar geworden. Er schickte ihr keine Blumen, auch nicht zu Gelegenheiten, bei denen sie es sonst gewohnt gewesen war, von ihrem Manne Blumen zu erhalten. Er entschuldigte sich nicht, wie ehemals, wenn er zu spät zu den Mahlzeiten kam - er küsste ihr auch nicht mehr die Hand. Er setzte sich nur zu Tisch, um zu essen, und er fand immer irgendetwas heraus, was ihm nicht passte; er war also ein Querulant geworden. Yvonne fand, dass dies Leben unerträglich wurde - das war überhaupt kein Leben.

Eines Tages reiste Willem fort. Er sollte am Fusse des Atlasgebirges für die französische Regierung Baracken bauen - es war gerade mal wieder Krieg mit irgendeinem Stamm Eingeborener.

Drei Monate plagte er sich ab und kehrte dann zurück. Aber selbst der erste Abend nach seiner Heimkehr verlief, wie alle anderen Abende nun schon seit Jahren verlaufen waren.

"Mahlzeit!" sagte er kurz und ging zu Bett.

Als Yvonne am nächsten Vormittag an seine Tür klopfte und schliesslich eintrat, befand er sich immer noch im Bett, in dem er aufrecht sass und damit beschäftigt war, ein Werk: Mungo Park - Eine Reise längs des Nigers - abzuschreiben. "Mach, dass Du rauskommst!" schnauzte er Yvonne an. "Aber was fehlt Dir denn nur, Willem," fragte sie verzweifelt, "es ist bald Mittag, und Du bist noch nicht aufgestanden - darum komme ich ja." Willem van Vlies blickte seine Frau an. Sein Gesichtsausdruck war eigentlich recht schön. "Was wollen Sie denn von mir?" fragte er. Yvonne sah ihn bestürzt an. "Aber Willem, Du bist doch wohl nicht verrückt geworden? Ich bin es doch - Yvonne."

Alles war vergebens. Nachdem Yvonne noch eine Viertelstunde auf ihn eingeredet hatte, ohne dass er sie wiedererkannte, war sie sich darüber klar, dass ihr Mann sein Gedächtnis verloren haben musste. Er selbst schien sich sogar darüber im klaren zu sein, und nachdem es ihr geglückt war, sein Vertrauen zu gewinnen, sprach er recht vernünftig mit ihr. "Ich fühle mich nicht wohl," sagte er. "Mein Kopf ist ja so weit ganz klar, aber ich kann mich doch nicht entsinnen, wer ich bin, oder wo ich bin, und ich erinnere mich auch nicht, wer Sie sind, die so familiär mit mir sprechen. Ich sehe alles wie durch Nebelschleier und habe das Gefühl, als hätte ich Jahre lang geschlafen. Nein - Sie dürfen aber wirklich nicht weinen, Madame. Ich räume ja gern ein, dass ich mit Ihnen verheiratet bin, und würde ich mich erst jetzt verheiraten, so kämen nur

Sie in Frage, gerade Sie -- nur eine Frau, wie Sie es sind . . ." Er nahm ihre Hände zwischen die seinen. "Nach einer solchen Frau habe ich mich mein Lebenlang geseht. Sie sind nicht mager -- Sie haben graue Augen, und Sie sind dunkelhaarig. Ich habe immer für dunkle Frauen geschwärmt."

Yvonne hielt den Zeitpunkt für gekommen, einen Arzt zu holen. Der Arzt erschien, protokollierte die Aussagen des Patienten und empfahl Yvonne, ihren Mann aufzumuntern, sich ihm zu fügen und dafür zu sorgen, ihn bei guter Laune zu erhalten.

"Ich glaube, wir werden sehr glücklich sein," sagte Willem beim Frühstück. "Darf ich Ihre Hand küssen . . ." -- Dann erzählte er ihr so viele sonderbare Sachen -- sagte ihr auch so viel Schönes, wie sie es seit vielen Jahren nicht mehr von ihm gehört hatte. Yvonne wurde wieder zwanzig Jahre . . .

"Warum sollen wir denn ausgehen," meinte er eines Tages, als sie eingeladen waren. "Hier ist es, ja viel schöner -- bleiben wir doch zu Hause! Unser Heim ist so hübsch, besonders wenn die Dämmerstunde naht . . . Ich liebe Sie . . .

Nach vierzehn Tagen erklärte Frau van Vlies, dass sie die glücklichste Frau von ganz Casablanca sei. Nie zuvor hätte sie geahnt, dass ein Mann so bezaubernd sein könne, und als der Arzt wiederkam und einen Kollegen mitbrachte, der davon sprach, dass ihr Mann in eine Anstalt müsse, war sie sehr ängstlich und traurig. Sie würde ihn selbst pflegen, sagte sie -- und er blieb zu Hause.

Vierzehn Tage vergingen, in denen sie wie Neuvermählte lebten. "Bald werde ich wieder auf dem Damm sein," sagte Willem ermunternd zu Yvonne.

Als sie eines Morgens, wie gewöhnlich, ihrem Manne den Kaffee auf sein Zimmer brachte, begegnete ihr ein kaltfeindlicher Blick.

"Naa -- bist Du schon wieder da?"

"Ach," seufzte sie und griff sich ans Herz: "Bist Du schon wieder gesund...?"

---

### Kaiser Leo I. X

---

SPD. An einem Sommertage des Jahres 1920 schnürt ein sechsundzwanzigjähriger bayerischer Volksschullehrer, ohne ein Wort zu sagen, sein Ränzeltuch, kummert sich den Teufel um die Kinder in seiner Schule, noch weniger um seine junge Frau, die er -- eine evangelische Musiklehrerin -- erst Weihnachten 1918 geheiratet hat, und geht auf die Landstrasse. Lässt sich weder Bart noch Haare schneiden, sieht bald wie eine Christuskopie aus, läuft tagsüber mit knurrendem Magen umher und hockt nachts mit entzündeten Augen und fiebrigem Atem im Graben irgendeiner Chaussee. Hat das, wohlgemerkt, alles garnicht nötig, weder als Sohn des reichen Südpfälzer Bauernhofbesitzers, der er ist, noch als wohlbestallter bayrischer Schulmeister und Familienvater mit Pensionsberechtigung. Aber seitdem er 1914 als Einjähriger mit den Ingolstädter Infanteristen in den Krieg gezogen ist, in Lothringen verwundet und in Flandern verschüttet wurde, kann er keinen Geschmack mehr an seinem bescheidenen Tun und Treiben finden, vergräbt sich in Nietzsche, Laotse und die Apostel und muss ausgerechnet jenem Reisenden in Champagner und Spitzenkandidaten der Liste Nr.27 bei einer vergangenen Reichstagswahl, dem Herrn Louis Häusser, in die Arme laufen. Das war 1919, und an einem Sommertage des Jahres 1920 schnürt ein -- siehe oben.

Das erste, was Leonhard Stark -- so heisst der sonderbare neue Heilige -- nun beginnt ist seine Ernennung zum Kaiser, die er selbst vollzieht. Es verdriesst ihn weiter nicht, dass er ein Kaiser ohne Land ist und ewig Hunger hat. Er nimmt's auch den Bauern nicht übel, wenn sie abends in den Dorrikrug kommen, wo Kaiser Leo I. gerade eine Predigt hält, und sich darüber halb totlachen. Nein, nein, so meschugge ist er nicht, dass er nicht seine Zeit zu nehmen verstünde. Zumal in jenen konfuseen Tagen, wo unter den Nachwehen des Weltkrieges

jeder als Astrolog oder als Spiritist verkleidete Gauner einen Massenzulauf hatte, warum sollte es da nicht auch dem Kaiser Leo I. gelingen, eine Schar entwurzelter Gestalten um sich zu sammeln! Kein Hahn hätte auch danach gekräht, wenn die Leute in ihrem Übermut nicht allzu grossen Unfug gestiftet hätten. So schnappte sich denn ein Gendarm eines Tages den Kaiser Leo I. und lieferte ihn in die Irrenanstalt von Regensburg ein. Da er hier aber vollkommen artig war, liess man ihn nach einem Vierteljahr wieder laufen. Aus der Irrenanstalt entlassen, nahm er sich zum zweiten Male eine Frau; Charlotte heisst sie und ist noch heute bei ihm. Er zog mit ihr durch alle Lande, gab in Berlin eine Gastrolle, tauchte in Mailand auf und machte Wien unsicher, immer noch nicht darüber hinweggekommen, dass ihn, den Kaiser, ein Feldgendarm aufgegriffen und in die Regensburger Irrenanstalt gesteckt hatte. Er schimpfte deshalb wie ein Rohrspatz, führte mit jedem Nachtwächter Krieg, sodass man ihn 1924 nicht mehr in die Irrenanstalt, sondern ins Gefängnis zu Ulm brachte. Wo Kaiser Leo I. wieder nichts Eiligeres zu tun hatte, als für den Reichstag zu kandidieren.

Bald merkte Herr Leonhard Stark, dass die Christuslocken und das Büsserhemd nicht mehr ziehen, und wendete sich um. Ging nach München, mietete sich eine Stube und wurde für den Übergang erst einmal Hilfsschreiber. Im Nebenberuf blieb er natürlich Kaiser Leo I. Vielleicht erschien ihm jedoch München nicht als das geeignete Saatfeld für seine Ideen, oder vielleicht erfuhr er, dass der Prophet in seiner Heimat nichts gilt. Jedenfalls sitzt Kaiser Leo I. seit Oktober 1929 in Berlin, wo er in dem lieblichen Vorort Waidmannslust, und zwar in der Waidmannsstrasse 95, Hof hält.

Bisweilen geht er unter sein Volk. Das heisst: er bittet den Magistrat der Stadt Berlin um die Überlassung eines Schulzimmers, klebt Plakate an die Häuserwände und wartet dann, dass das Volk zu seinen Predigten komme. Fünfzig Reichspfennige nimmt er für solch einen Spass. Da steht nun auf dem Katheder ein etwas klein geratener Mann von gelblicher, nicht sehr gesunder Gesichtsfarbe, mit tiefen Falten von den Nasenflügeln herunter zu den Mundwinkeln; wenn sie nicht so auffallen, dann ist dies dem Schnurrbart à la Menjou zu danken, den Kaiser Leo I. trägt. Dann sind noch Ohren da, entsetzlich gross, eine dunkelblonde Sturmtolle und kleine Hände mit breiten Fingernägeln. Alles nicht ungepflegt. Dazu ein zweireihiger blauer Anzug, Bügelfalten, Stehkragen, in der Seitentasche ein Kavaliertaschentuch, an der linken Hand ein goldner Ring mit einem schönen Rubin; nicht zu vergessen die Armbanduhr und die beigefarbenen Gamaschen über den blankgeputzten Stiefeln. Auf der vordersten Bank sitzt Frau Charlotte, jung, blühend und hübsch. Neben ihr der Adjutant des Kaisers, Hans Esterer, der übrigens auch alle Todesurteile zu vollstrecken hat, die Kaiser Leo I. ausspricht. Vor mir liegt z.B. folgendes Dokument:

#### Bundesbeschluss:

1. Starkbundmitglieder, die wegen Unwürdigkeit aus dem Starkbund ausgeschlossen werden, erhalten nachstehende Weisungen: Wer über Leonhard Stark und den Starkbund irgendwie Nachteiliges sagt oder schreibt, privat oder öffentlich, macht sich eines Vergehens übler Nachrede schuldig, weil Stark und der Starkbund unantastbar in jeder Beziehung sind. Weil Stark und der Starkbund die höchsten Werte von Volk und Staat darstellen und erstreben, ist ausserdem die Tatsache des Hochverrats am deutschen Volke gegeben.

2. Wer sich obigen Vergehens schuldig macht, verfällt der Lynchjustiz durch eigene Mitglieder. Jedes ausgeschlossene Mitglied erhält eine von Leonhard Stark festgesetzte Karenzzeit, innerhalb der er sich wieder zum Guten zurückfinden kann.

3. Erfolgt nach Ablauf dieser Karenzzeit keine Besserung, dann erfolgt von Seiten des Starkbundes aus die Verfolgung mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln wegen Verrat an den höchsten Gütern von Volk und Staat.

München, den 8. März 1929.

An Raoul Laszlo, München, Krumbacherstrasse 5.

PS. Die Wartezeit für Laszlo läuft am 1. Juni 1929 ab.

Die Sache scheint dann allerdings so zu verlaufen, dass fünf Tage vor der Vollstreckung des Todesurteils der Galgenhans nicht gleich kommt, sondern erst mal einen Mahnbrief schreibt: es wären noch ein paar Tage Zeit, dann aber wäre die Uhr abgelaufen, usw.; der Sünder möge sich langsam fertigmachen. So ist es zur Vollstreckung eines Todesurteils bisher noch nicht gekommen, denn immer wenn es so weit ist, hat der Galgenhans kein Geld, um nach dem Wohnorte des Rebellen zu fahren.

Und während Kaiser Leo I. mit der Kreide spielt, Kringel auf die Tischplatte malt und von Zeit zu Zeit auf die Uhr sieht, entwickelt er uns seine Ansichten, indem er uns mit "Ihr" und "Euch" anredet. Also die Haager Delegation, Gott, das sind arme Leute; schaut's mal her: wenn Ich erst in die Wilhelmstrasse enziehe....ja, Ihr lacht und seid ungläubig. Ich bin heute 35 Jahre alt, und ganz bestimmt werde Ich in Meinem Leben noch in die Wilhelmstrasse einziehen. Ausserdem, denkt Ihr etwa, Mein Werk geht unter, wenn Ich einmal nicht mehr auf dieser Welt wandle? Nein, Meine Lehre wird weiterleben und die ganze Menschheit erfassen. Wer ist denn Thälmann oder Hitler; sie sollen alle in den Sportpalast kommen; da könne sie reden, und da werde Ich reden und glaubt's Mir: das Volk steht zu Mir. Bei den nächsten Wahlen werden wir den Wahlboykott organisieren, denn wir haben das alles satt, die Paragraphen und die Programme; jawohl, Ich habe den Mut, allein zu gehen; Ich kenne keine Kompromisse. Aber Ihr könnt noch nicht lieben! Von Mir müsst Ihr das Lieben erst lernen. Ich kann Glück geben, denn ich bin das Glück. Hört auf Mich!

Also sprach Kaiser Leo I zwei geschlagene Stunden lang, knöpfte sich das Jackett auf und zu und war guter Laune, dass an Eintrittsgeldern 15.-- Mark und an verkauften Zeitungen 3.-- Mark eingekommen waren. Das war die Friedrichstadt. Gestern hatte er in Charlottenburg gepredigt; da wird's nicht schlechter gewesen sein. Ein paar verkaufte Bücher muss man auch noch hinzurechnen, und dann wird hier ein bisschen geschnorrt und da ein wenig gefochten es bringt schon etwas ein, als Kaiser Leo I. herumzulaufen. Der Galgenhans hat das auch begriffen. Er hat nämlich der Frau Charlotte - wir wissen nicht, ob sie sich Kaiserin nennt - mehrmals so verständnisinnig mit dem rechten Auge zugeplinkert, wie das im allgemeinen nur ausgemachte Gauner machen, die dabei sind, ein Schaf zu scheren.

Fritz Köhler.

### ----- Das Leben in einem Grabe.<sup>X</sup> -----

SPD. Die tödlichen Schauer eines Frosttages haben ein Vöglein erstarren lassen und die kleine Leiche sinkt in den Schneemantel der Erde ein. Was geschah mit dem Körperchen, seitdem der letzte matte Flügelschlag erstarb? Der Chemiker versichert uns, dass bei ständigem Frost fast gar keine Wandlungen damit vorgehen. Darum fand man nach so vielen Jahren die unglücklichen Genossen des Polarforschers Sir John Franklin so frisch, als ob sie erst einen Tag vorher eingeschlafen wären. Aber die Energien, die das Leben von seinen Banden befreien, lösen auch den Bann von der chemischen Starre. Der milde Frühlingswind, der den Schnee zu Wasser wandelt und so den Kadaver blosslegt, erblickt schon betrübliche Verwandlungen. Das Körperchen ist aufgedunsen; wo es nicht Federn decken, hat es seine Farbe verändert; übelriechende Gase entströmen ihm, als Zeichen, dass die Räderwerke der Chemismen wieder funktionieren. Aber nun steht nicht mehr, wie im Leben, dem Abbau ebensoviel Aufbau gegenüber; jetzt gibt es nur noch Zerfall. Alles findet sich zusammen, damit das Wunderwerk des Körpers zerstört wird. Die Kleinwesen des Humus beginnen ihre ewige Kleinarbeit; die Totengräberkäfer und ihre Larven, die Fliegenlarven reissen Stücke aus dem Zusammenhang; der Regen wäscht von den nun löslichen Stoffen immer mehr aus; bis auf Knochen und Federn zermürbt sich der

kleine Vogel zu einem widerlichen Brei. Er verwest.

Ein Tröpfchen dieser traurigen Flüssigkeit verrät jedoch unter dem Mikroskop, dass der Tod nur ein Vorwand ist, um Leben zu erzeugen. Man erschrickt vor so viel krabbelndem Leben. Tausend zitternde Pünktchen, dichte Gitter unbeweglicher Stäbchen, eine Hekatombe von wirbelnden Vibrionen wimmelt darin - es ist das Heer der Fäulnisbakterien. Sie kamen aus der Luft angefliegen und essen nun das Vöglein auf. In die Sprache der Chemie übersetzt heisst das: Aus dem Eiweiss werden Peptone gebildet, das Kasein, das Fibrin; der Leim zerfällt in Amidosäuren; die widerlichsten zwei Stoffe, die der Chemiker bisher entdeckte, das Skatol und Indol, verpesten die Luft; Baldriansäure, Butter und Milchsäure werden frei; die scheusslichen Leichenalkaloide tauchen aus dem Gewebe der hin- und herschiessenden Verbindungen auf; und was sie einst einigt, die flüchtigen Elemente, die als Weberschifflein des Lebens ununterbrochen ihre Fäden spinnen, sie werden nun entlassen. Sie kehren vom Mikrokosmos zurück zum All. In einigen einfachen Verbindungen, als Wasser, Kohlensäure, Kohlenwasserstoff, Ammoniak, als Schwefelwasserstoff oder nur als Wasserstoff allein sickern sie hinab in das Grundwasser oder schwingen sich zum Himmel auf, um sich neue Wirkungskreise zu suchen. In diesem Lösen alter Bande, in diesem Abschiednehmen der für ein Weilchen zu lebendem Wirken vereinigten Elementargeister liegt etwas Hochpoetisches. Dass für keinen Moment das Gleichgewicht der Welt durchbrochen wird, auch beim Tode des Grössten nicht, ist ein reales Versprechen der Ewigkeit, das mir noch immer mehr ans Herz ging als die schönsten Worte, die uns den Tod erleichtern wollen.

Am Schlusse der Fäulnis stehen stets die reinen Stoffe, die Mineralien und Gase, aus denen einst das Lebewesen sein Dasein fristete, und wenn die alte "spagyrische" Kunst hoffte, mit ihnen den Homunkulus zustande zu bringen, so lag darin im allegorischen Sinne das tiefste Verständnis. Die Natur selbst schlägt keinen anderen Weg ein.

Wer aber nach der Dinge Wesen trachtet, der wird sich mit dieser Beschreibung nicht zufrieden geben. Er wird bemängeln, dass noch nichts über die eigentliche Ursache der Fäulnis ausgesagt ist. Der springende Punkt ist hier die Scheidekunst der Bakterien. Darüber gibt es leider noch nicht sehr gründliche Kenntnisse. Nur daran lässt sich nicht zweifeln, dass die Spaltungen wirklich das Werk der Kleinpflanzen sind, denn, schliesst man diese aus, so werden aus den Leichen Mumien, die eigensinnig Jahrtausende hindurch dem Kreislauf der Stoffe fernbleiben. In den trockenen Felsengräbern Ägyptens verdorren die Leichen auch ohne Eilbalsamierung; das mag das Priestervolk wohl auch dazu geführt haben, diesen schrecklichen Vorgang zur Kunst zu machen und sich dem natürlichen Lauf der Dinge zu widersetzen.

Man kennt eine grosse Zahl von Fäulnisbakterien: sie nähren sich von den stickstoff- und kohlenstoffhaltigen Verbindungen, und indem sie die unglaubliche Fähigkeit verwerten, aus dem festen Gefüge der chemischen Verbindungen das ihnen Passende herauszureissen, lockern sie den Zusammenhalt überhaupt bis zum Zerfall. Das ist das allgemeine Bild, das man sich von der Sache machen kann; genauere Bestimmungen fehlen zurzeit noch, befremdlich genug bei einer so wichtigen Sache. Denn wären diese graziösen Stäbchen und Wesen nicht, das Leben wäre schon längst erstarrt in einem ungeheuerlichen Leichenhaufen, der die Neugeborenen erstickte. Geben wir uns doch keiner Täuschung hin! Wir "sind" alles, was einst auf Erden war. In mir ist etwas von dem Kohlenstoff, der vielleicht einst in den Muskeln des Perikles verborgen war, ein wenig Stickstoff, der einst in Nero lebte; wir essen im Gemüse ein paar Atome der Kreuzfahrer und atmen den Sauerstoff, der Goethe durchströmte - in jedem Neugeborenen geben sich alle Verstorbenen ein Stelldichein, und der ganze abenteuerliche und unheimliche Kreislauf lebt von der Fäulnisbakterien Gnaden. Sie bauen die erste Stufe und reichen die Materie hinüber zu den Pilzen und grünen Pflanzen. Diesen entreisst es das Tier, ein Weilchen später der Mensch,



und wieder nach einem Weilchen strömt alles, woran so viel Schönheit, Sorge und Freude haftet, wieder auf insichtbaren Wegen in die Welt zurück, um mit der nächsten Drehung des Lebensrades wieder emporzusteigen. R. H. Francé.

---

"Gott" in den Flitterwochen.<sup>x</sup>

---

SPD. In den Häusern gewisser Volksstämme in Indien und Kleinasien hängt an der Wand eine Photographie, die das Bild eines älteren, vornehm gekleideten Mannes darstellt. Das ist der wahre Prophet, der Vertreter der Weltvernunft auf Erden; das ist Isman, der Gott des Stammes der Ismailich. Alltäglich nehmen die Gläubigen zur Stunde des Gebetes das Bild von der Wand, umschreiten es in umständlicher Prozession und werfen dabei eine Opfergabe in einen bereitstehenden Kasten. Und wenn die Feier ihr Ende gefunden hat, rufen die Andächtigen mit beschwörender Stimme: "Es gibt nur einen Gott, und das ist Aga Khan Ali Schah!!!"

Tag für Tag ereignet sich das in Millionen von Häusern. Die Opfergaben sammeln sich zu riesigen Summen; der Ruhm Ismans erklingt von Tausenden und Abertausenden von Lippenpaaren - - und während das geschieht, weilt er, dem all der Eifer gilt, der heurige Gott der Sekte der Ismailich, weilt Aga Khan, der Vertreter der Weltseele auf Erden, vergnügt in Nizza und feiert seine Flitterwochen mit Fräulein Andrée Caron, der nicht mehr ganz jungen, aber immer noch reizenden Schokoladenverkäuferin aus Paris . . . .

Was ist das für ein rätselhaftes Doppelwesen, das sich in der Person dieses Aga Khan verkörpert? Es gibt gewiss wenige Männer in unserem nüchternen Zeitalter, deren Leben noch so stark von Romantik umgeben ist wie das des "Gottes" der Ismailich. Aga Khan führt, wie er behauptet, seinen Stammbaum bis auf Ali, jenen berühmten mohammedanischen Weisen, zurück, der das Glück hatte, der Schwiegersohn Mohameds, des Propheten Allahs, zu werden. Nach dem Tode seines Schwiegervaters übernahm Ali eine Zeitlang die Führung aller Gläubigen. Als aber seine Lehre schliesslich doch etwas von den Grundsätzen Mohameds abwich, wurde er von Fanatikern ermordet. Im Geheimen spannen die Weisen die Lehre Alis, des Ketzers, weiter fort, und als zur Zeit der Kreuzzüge die Scharen der Ritter nach Kleinasien kamen, stiessen sie in den syrischen Bergen auf ein unheimliches, mörderisches Volk, die Haschaschinen oder Assassinen (Mörder), die zwei Jahrhunderte hindurch das Land in ein Blutbad verwandelten und rücksichtslos Christen wie Mohamedaner niedermetzten, wo sie sie nur trafen. Diese Assassinen waren die Anhänger der ketzerischen Lehre Alis, des Schwiegersohnes Mohameds, und auch damals schon war ein Isman, ein höchstes Wesen, ein "Gott", ihr Führer, der von den täglichen Opfergaben lebte.

Inzwischen haben die Zeiten sich geändert. Aus dem blutrünstigen Häuptling eines Banditenvolkes ist ein honetter Bürgersmann geworden, der aller Wildheit abgeschworen und sich sogar von den zarten Banden einer Schokoladenverkäuferin hat bestriicken lassen. Aga Khan, dessen Heirat vor einiger Zeit in der ganzen Welt Aufsehen hervorrief, dessen Vorfahren einst blutrünstige Tyrannen waren, lebt nun als solider Ehemann in Nizza in den Flitterwochen. Und sie, Mademoiselle Andrée Caron, die das Schicksal vom Ladentisch in die Sphäre eines echten "Gottes" erhoben hat, ist sogar, wie die Zeitungen versichern, glücklich. Denn unzählige Anhänger Ismans beten nach wie vor alltäglich vor dem Bilde Aga Khans, des grossen Meisters; die Opfergaben fliessen immer noch so reichlich wie einst, und der Vertreter der Weltseele auf Erden hat die Beträge, die ihm die Gläubigen alljährlich zukommen lassen, als vorsichtiger Mann auf verschiedenen Banken sicher angelegt. Was kann man mehr verlangen? B.M.V.

## Der gestürzte Diktator.

---

Der du Spaniens Schicksal führtest,  
Dies ist also nun dein Fluch:  
Was als Letztes du diktiertest,  
War das Demissionsgesuch.

Zeigt Gewalt sich noch so rege,  
Einmal kriegt sie doch den Tritt,  
Woldemaras, dein Kollege,  
Ging ja kürzlich auch verschütt.

Scharfer Wind pfeift um die Ohren,  
Futsch ist Primos Herrlichkeit.  
"Schlechte Zeit für Diktatoren",  
Lautet das Diktat der Zeit.

Jodok.

---

SPD. Ein deutscher Schiedsrichter für Stadtbau in Rom. Nach der Einigung zwischen dem italienischen Staat und dem Vatikan sind in Rom eine Reihe städtebaulicher Probleme aufgetaucht. Besonders eine neu zu errichtende Mauer, die künftig die päpstliche Stadt vom übrigen Rom abtrennen soll, ist dabei in erster Linie hervorzuheben. Um eine städtebaulich einwandfreie Anlage zu erreichen und zugleich alle sonst noch damit zusammenhängenden strittigen Fragen endgültig aus der Welt zuschaffen, hat man jetzt den Altmeister des deutschen Städtebaues, Heinrich Stübgen, nach Rom berufen, um dort als Obmann einer Kommission und als Schlichter in dieser Frage zu fungieren. Der heute vierundachtzigjährige Stübgen war erst jüngst in Madrid, um dort als Sachverständiger bei der Erweiterung der spanischen Hauptstadt ein Gutachten abzugeben. Er gilt mit Recht als einer der ersten Fachleute auf seinem Gebiete.

---

SPD. Der grösste Witzbold gestorben.<sup>x</sup> Die humorliebende (demnach also fast die gesamte) Bevölkerung der U.S.A. trauert gegenwärtig einem Manne nach, der es zweifelsfrei verdient, als der "Witzmatador" nicht nur seines Vaterlandes, sondern vielleicht der ganzen Welt zu gelten. Harry I. Hurten, der "Berufswitzbold" von Amerika, wohnhaft in Hartford (Connecticut) soll in knappen (fünfunddreissig) Jahren nicht weniger als 175 000 kurze Witze erfunden haben, die, in den Witzblättern und Beilagen der grössten Zeitungen abgedruckt, fast vollzählig ihren Weg von Mund zu Mund machten. Täglich ein bis anderthalb Dutzend Witze: Das ist schon eine Rekordleistung, die man anerkennen muss. Der Ärmste muss sich dabei ganz gewiss nicht mehr allzu "übermütig" vorgekommen sein.... Allerdings können seine Erben stilgemässerweise mit lachender Miene sein Grab umstehen: Hurten hinterliess ein recht ansehnliches "zusammengewitzeltes" Vermögen. Und das ist ausnahmsweise kein Witz, sondern erfreulicher Ernst!

---

SPD. Durchschaut.<sup>x</sup> Man spielte Shakespeares "Richard III." Als im letzten Akte der Schauspieler Betzold an die Rampe trat und mit aufgeregter Stimme schrie: "Ein Pferd! Ein Königreich für ein Pferd!", da ertönte von der Galerie eine Stimme: "Tut's nich ooch een Esel?" Ohne auch nur eine Sekunde zu zögern, erwiderte Betzold schlagfertig: "Kommen Sie mal runter! Ehe ich dazu Ja sage, muss ich Sie mal sehen!" Und damit hatte er die Lacher und den Applaus auf seiner Seite.

## Der Tod in der Wüste.

Von Ph. Macdonald.  
Deutsche Rechte: Th. Knaur Nachfg.

19)

SPD. "Behalten Sie es so in der Hand", sagte der Sergeant, "Cook!" Cooks Hand tauchte in das Gefäss.... "Nun Sie selbst, Hale. Nun Cook für MacKay..... halten Sie die beiden Loose auseinander.... Morelli....." Er trat selbst hinzu und ergriff das letzte Stückchen Papier. "Fertig! Lose öffnen!"

Wieder trat vollkommenes Schweigen ein, nur ein schwaches Rauschen glaubte sie lauter als Maschinengewehrfeuer in ihren Ohren zu vernehmen.....

"Mhm". Cook hielt den langen Streifen hoch.

"Ihr eigener?" fragte der Sergeant.

Cook nickte feierlich.

"Also los, Cook". Der Sergeant trat auf ihn zu. "Wählen Sie Ihren Kamerade

"Wer soll es sein, wenn nicht ich?" MacKays Stimme tönte dringlich vom Dach herunter.

"Mhm"! Cook blickte nach oben; ein Grinsen teilte plötzlich sein breites zerschlagenes Gesicht und verschwand ebenso schnell, wie es gekommen war.

"Ich hab's Ihnen ja gesagt, Herr Sergeant", kam wieder die Stimme vom Dach, "Ich hab's Ihnen ja gesagt. Wozu war also das ganze Theater? Ich habe gesagt, ich würde gehen, und so ist es nun!"

"Dann kommen Sie mal erst von Ihrer Hühnerleiter 'runter!" rief der Sergeant hinauf. Er sah einen Augenblick in die Gesichter der Leute - sie waren ausdruckslos, nichts stand auf ihnen zu lesen. "Hale!"

"Befehl?"

"Lösen Sie MacKay ab.... Machen Sie die Augen auf und schreien Sie, wenn irgend etwas ist. Morelli übernimmt in einer Stunde Ihren Dienst... Tagsüber wird der Dachposten abgelöst, nachts bleibt alles wie bisher.... keinen Sinn, in der Dunkelheit da 'raufzuklettern, wenn man nicht mal soviel sehen kann wie unten - bei den Schatten."

Ein schleifendes Geräusch, und MacKay stand zwischen ihnen. "'rauf mit dir London", sagte er und machte einen Buckel. Hale kletterte wie ein dicker, grosser Affe mit Armen und Beinen hinauf und stand endlich oben, das Glas vor den Augen.

### Dreizehntes Kapitel.

Nach dem unerträglich heissen Tage war die Nacht hereingebrochen; die Bäume der Oase standen wieder wie ausgeschnitten vor dem silbernen Himmel, und die Quelle, deren Murmeln am Tage seltsam gedämpft klang, liess von neuem ihr Plätschern hören, das kühlend in die Ohren der Männer floss, welche die umstanden.

Es waren fünf: Der Sergeant, Cook, MacKay, Hale und Morelli. Am Westrand der Oase ging Abelson, den Karabiner am Riemen, auf und ab, während seine Blicke unermüdlich die Bewegungslosigkeit der Wüste durchforschten. In der Hütte, wo die Hitze des ganzen Tages eingeschlossen zu sein schien, sass Sanders neben dem verwundeten Unteroffizier.

An der Quelle herrschte Stille; die Männer traten unbehaglich von einem Fuss auf den anderen. Der Sergeant machte sich an seiner Armbanduhr zu schaffen; nur Cook hielt sich ganz unbewegt mit seiner merkwürdigen Ausrüstung: Einen Patronengurt, zwei gepackte Fouragesäcke, die für drei Tage Fleisch und Hartbrot enthielten, und einen Wasserbehälter, den sonst eines der Packpferde getragen hatte; diesen, zu dreiviertel voll, hatte er sich nach Infanteristenart quer über den Rücken gebunden. MacKay verpasste die Riemen der zwei Karabiner, die er zu tragen hatte; über seiner linken Schulter trug er ausser dem Patronengurt den Riemen eines mit zusammengepressten Datteln, der Ernte eines

Nachmittags, gefüllten Beutels und über der rechten zwei gefüllte Feldflaschen. In der Hüfttasche steckte die sorgfältig zusammengefaltete Karte.

Das Schweigen dauerte an — ein peinliches, lastendes Schweigen.

MacKay brach es endlich; er brachte seine Karabinerriemen endgültig in Ordnung und betrachtete seine Ausrüstung. Dann schlug er sich auf seine linke Hosentasche, um sich zu überzeugen, dass der Kompass auch da sei, und drehte sich zu Cook um. "Fertig, Maat?" fragte er. Seine Worte schlugen in das Schweigen, als ob eine Stimme etwas Neues und Furchtbares wäre.

"Mhm", sagte Cook.

"Na", sagte MacKay halb fragend, "dann wollen wir man losgehen, Herr Sergeant."

"Ja.....a.....a.....gut!" Es klang als habe er eine schwere Last von seinen Schultern abwälzen wollen, die sich nicht abwälzen liess. Er trat einen Schritt vor und streckte die Hand aus:

"Auf Wiedersehn, Jock, alles Gute!"

Alle schüttelten den Abziehenden die Hände; MacKay war gesprächig und riss alle möglichen schottischen bdenklichen Witze als Antwort auf die Variationen über "Auf Wiedersehn, alles Gute", die ihm zugerufen wurden. Cook war schweigsam wie immer, nickte nur mit dem Kopf und lächelte.

Der Sergeant wurde wieder Vorgesetzter; "Hale! Morelli! Gehen Sie 'rüber zu Abelson auf die andere Seite. Er soll aufhören mit Patrouillieren. Legen Sie sich alle drei an einen Baumrand in je zehn Metern Entfernung voneinander hin und beobachten Sie. Ich bleibe ein wenig hier. Vorwärts!"

Die Gerufenen liefen, die Karabiner waagrecht haltend, mit schlagenden Patronengurten in den Schatten der Bäume, wo sie verschwanden.

Der Sergeant ging mit Cook und MacKay durch die Bäume nach der Ostseite und dem Abhang, der in die Wüste hinunterführte.

"Habt ihr alles?" fragte er, "Karte, Kompass, Proviant, Munition, Wasser? Das Papier mit dem Weg, den wir festgelegt haben."

MacKay nickte. "Maat", sagte er, "hier geht's lang, Gute Nacht, Sergeant. Wir werden bald Hilfe schicken: in vier oder fünf Tagen, vielleicht früher."

Der Sergeant lächelte. "Wir werden schon nach euch Ausschau halten." Er sah mit dem Karabiner in der Hand den beiden nach, als sie erst den beschatteten Hang hinunterstiegen und ihren Weg dann auf dem silberhellen, schwarzgefleckten Wüstensand fortsetzten. Sie stapften gleichmässig vorwärts, ihre Khakihelme glichen im Mondschein Theaterüstungen. Als sie etwas vierhundert Meter zurückgelegt hatten, drehte sich der kleinere von Ihnen, MacKay, um und schwenkte den Arm. Der Sergeant trat unter den Bäumen hervor und winkte zurück, und die Gestalt wandte sich, um an der Seite ihres Gefährten weiterzumarschieren.

Die Figuren der beiden wurden kleiner. Anfangs zeichneten sie sich in scharfen schwarzen Umrissen gegen das Silbertuch unter ihren Füßen ab, unmerklich kürzer und kürzer werdend. Dann verlor sich die Schärfe sehr allmählich, eine Zeitlang behielten die Gestalten ihre Grösse bei, während die scharfen Konturen sich verwischten und in Nebel aufgingen....

Dann konnte er gar nichts mehr erkennen....nur noch der glänzende Sand mit seinen unregelmässig verteilten Stellen von scheinbar ganz unvernünftigen Schatten blieb vor seinen müden Augen, die ihn zu täuschen begannen. Eine Art Nebel schien sich vor sie zu senken, als ob die Ermattung ein Häutchen über die Pupillen ziehe. Er rieb seine Lider, kehrte durch die Bäume zur Lichtung zurück und rief durch die an den Mund gelegten Hände: "Morelli!"

(Fortsetzung folgt).

Selbstverständlich haben trotzdem die Führer der spanischen Gewerkschaften und der sozialistischen Partei Spaniens in keinem Augenblick mit Primo de Rivera gemeinsame Sache gemacht oder auch nur mit ihm sympathisiert. Als der Diktator vor zwei Jahren eine groteske Karikatur von Parlamentarismus schuf, indem er eine "Nationalversammlung" ernannte, in der auch für die Organisationen der Arbeiterschaft einige Sitze reserviert sein sollten, neigten zunächst einige wenige Gewerkschaftsführer dazu, diesem Angebot Folge zu leisten: mit starker Mehrheit wandte sich aber der Generalrat des spanischen Gewerkschaftsbundes gegen diesen Vorschlag.

Aber ebenso entschieden lehnten es die Führer der Arbeiterschaft ab, sich vor den Karren der bürgerlichen Parteien in einem Kampfe gegen Primo einzuspannen zu lassen, der, wenn er zum Erfolg geführt hätte, lediglich die Rückkehr früherer Ausbeuterklippen an die Macht bedeutet haben würde. Wie sich Spaniens Sozialisten und Gewerkschaften zu den gegenwärtigen Ereignissen stellen, ist bisher aus den aus Madrid vorliegenden, noch immer der Zensur unterliegenden spärlichen Nachrichten nicht klar ersichtlich. Aber es ist anzunehmen, dass es vor allem die sozialistischen Arbeiter sind, die seit drei Tagen in den Städten für die Republik demonstrieren.

Dazu haben sie auch allen Anlass: denn der König Alfons XIII. ist es gewesen, der den Verfassungsbruch von 1923 durch Primo de Rivera veranlasst und sieben Jahre lang geduldet hat. Damals war ihm die Errichtung der Diktatur ein notwendiges Manöver zur Ablenkung des Volkszornes von der Marokko-Katastrophe, die seine Generäle aus purem Byzantinismus heraufbeschworen hatten. Inzwischen hatte sich die Armee allmählich von Primo losgesagt. Die fortwährenden Militärrevolten und -verschwörungen, so relativ harmlos und unblutig sie auch verliefen, liessen den König befürchten, dass er bei einem gewaltsamen Sturz des Diktators auch seine eigene Krone verlieren würde. Deshalb hielt er es für zweckmässig, mit den unzufriedenen Elementen der Armee Fühlung zu halten, um im gegebenen Augenblick Primo durch eigene Kreaturen zu stürzen.

Das ist jetzt geschehen. Freilich kam es nicht unerwartet, weil sich die Krisenzeichen gerade in den letzten Wochen gemehrt hatten. General Berenguer, den der König mit der Regierungsbildung betraut hat, ist derselbe Hofgeneral, der vor sieben Jahren die Katastrophe von Tetuan aus monarchischer Liebedienerei verschuldet hat. Seine bisherigen Versuche lassen das Bestreben erkennen, ein reaktionäres Kabinett auf scheinparlamentarischer Grundlage zu bilden. Damit ist aber dem spanischen Volke wenig gedient. Das Regime Primos ist beseitigt und das ist gewiss erfreulich, besonders wegen der internationalen Rückwirkungen dieses Fiaskos der Diktatur. Aber ein wirklicher Kurswechsel setzt ganze Arbeit voraus. Erst die Beseitigung der morschen Bourbonen-Monarchie wird freie Bahn für einen wahren politischen Fortschritt in Spanien schaffen!

-----

SPD. Paris, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Die sozialistische Parlamentsfraktion hat am Donnerstag die Neuwahlen ihres Vorstandes vorgenommen. Die Führung bleibt nach wie vor Leon Blum überlassen. Im übrigen aber setzt sich der aus 18 Köpfen bestehende Fraktionsvorstand aus 13 Anhängern der am letzten Sonntag auf dem Parteitag geschlagenen Minderheit, und nur aus 5 Vertretern der Mehrheit zusammen. Die Minderheit hat also diesmal 3 Vertreter mehr erhalten als bisher. Zu ihren Anhängern im Vorstand gehören u. a. Paul Boncour, Renaudel und Grumbach, zu der Mehrheit Paul Faure, Vincentauriol, Compère-Morel und Bracke.

-----

SPD. Eisleben, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Vor dem Schöffengericht in Eisleben hatte sich am 30. Januar der zweite Bundesführer des Stahlhelm Oberstleutnant a.D. Düsterberg, Halle, wegen Beleidigung des preussischen Innenministers Grzesinski und des Regierungspräsidenten von Harnack in Merseburg zu verantworten. Düsterberg hatte am 17. Oktober 1929 in Eisleben in einer Versammlung für Volksbegehren referiert. In seiner Rede hatte er den preussischen Innenminister als ausführendes Organ des Feindbundes bezeichnet und seine Verwunderung darüber zum Ausdruck gebracht, dass dem Minister für das Verbot des Stahlhelm in Rheinland-Westfalen nicht der französische Orden der Ehrenlegion verliehen worden sei. Wenn sich Grzesinski diesen Orden auf den Frack hefte, sei er vom Oberkellner zu unterscheiden. Wegen dieser beleidigenden Äusserung war vom preussischen Innenminister Strafantrag gestellt worden. Der Minister hatte ausserdem für den Regierungspräsidenten in Merseburg Strafanzeige erstattet, den Düsterberg in der gleichen Rede mit Judas Ischariot in Vergleich gestellt haben sollte.

In der Gerichtsverhandlung hielt Düsterberg eine politische Rede gegen die Sozialdemokratie. Die Äusserungen gegen den preussischen Innenminister gab er zu, während er bestritt, dass diese Bemerkungen beleidigender Natur seien. Den Regierungspräsident von Harnack habe er im Sinne der Anklage nicht genannt, vielmehr hatten sich seine diesbezüglichen Worte auf den Vater des Regierungspräsidenten, den wissenschaftlichen Professor von Harnack in Berlin bezogen. Die Beweisaufnahme brachte keine Widerlegung dieser Behauptung. Die Zeugen konnten keine einwandfreien Aussagen in dieser Frage machen.

Der Vertreter der Anklage, Staatsanwaltschaftsrat Parey, Halle, plädierte für die Notwendigkeit eines wirksamen Schutzes der Minister des Staates. Die Häufung von Beleidigungen müsse das Gericht veranlassen, derartige Auswüchse des politischen Kampfes zu ahnden. Er beantrage zwei Monate Gefängnis. Das Gericht unter Vorsitz des Landgerichtsrates Dr. Siebert, Halle kam zu einer milderen Verurteilung und liess Düsterberg mit einer Geldstrafe in Höhe von 500 Mark davon kommen. Als strafmildernd wurde in der mündlichen Urteilsbegründung die Tatsache bezeichnet, dass Düsterberg die beleidigenden Bemerkungen nicht nach dem Konzept, sondern in freier Rede gemacht habe.

Hoffentlich nimmt die Staatsanwaltschaft Veranlassung, gegen diesen Urteilsspruch Berufung einzulegen. Die Begründung, die für die Strafmilderung geltend gemacht worden ist, klingt denn doch etwas zu sonderbar.

SPD. Weimar, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Regierungserklärung der neuen Regierung im Thüringer Landtag lautet im wesentlichen :

Die neue Regierung übernimmt die Geschäfte des Landes unter ausserordentlich schwierigen Verhältnissen. Massgebend für ihre Politik muss in erster Linie die Reichs- und Landes-Verfassung sein. Für die Regierung ist es gemäss dem geleisteten Eid eine selbstverständliche Pflicht, die Verfassung zu wahren und zu schützen gegen alle Angriffe, von welcher Seite sie auch kommen mögen. Die Regierung wird alles daran setzen, um die politische Selbständigkeit des Landes Thüringen zu erhalten. Auch wenn eine Reichsreform dazu führen sollte, dass die heutigen Grenzen und die Aufgaben des Landes geändert werden müssten, muss es eine Ehre und eine Selbstverständlichkeit sein, alles daran zu setzen, dass Thüringen bei den Verhandlungen als ein beachtens- und begehrenswerter Faktor stets ein Gewicht in die Wagschale werfen kann. Die wirtschaftlichen Kräfte Thüringens reichten bei weitem nicht an die Aufbringungsmöglichkeit anderer, bessergestellter deutscher Länder heran. Thüringen befindet sich in dieser Beziehung nicht unbeträchtlich unter dem Durchschnitt der anderen Länder.

Hinsichtlich der Finanzen verlangt die Regierung, dass unter Gewährung des Zuschlagrechtes auch die Einkommen- und Körperschaftssteuer an die Länder,

dem Finanzausgleich entsprechen, gestaltet werden soll. Der Zusammenschluss der thüringischen Einzelstaaten habe dem neuen Lande schwere Lasten in finanzieller und organisatorischer Hinsicht auferlegt. Diesen finanziellen Vorausbelastungen Thüringens vor anderen Ländern müsse in irgend einer Weise Rechnung getragen werden. Das Gutachten des Reichssparkommissars wird für die neue Landesregierung eine beachtliche Grundlage für die unbedingten Sparmassnahmen bilden. Allein durch Abstriche und Einschränkungen aller Art das Gleichgewicht in den Finanzen herbeizuführen, sei nicht möglich. Die Regierung wird sich vielmehr bald damit zu beschäftigen haben, das zum Ausgleich des durch Sparmassnahmen nicht zu vermeidenden Defizits auch neue Einnahmequellen erschlossen werden.

Wichtiger, als alle Programme ist im Augenblick die Tat. Wenn irgendwo, dann muss jetzt in Thüringen der Gedanke der völkischen Notgemeinschaft vor und über allen parteipolitischen Gesichtspunkten stehen, damit die verantwortliche Vertretung unseres Heimatvolkes das gesteckte Ziel erreicht. Lassen Sie uns ohne Zögern und mit festem Willen an unsere Aufgaben herangehen!

-----

SPD. Der Preussische Ministerpräsident Dr. Braun empfing am Donnerstag Nachmittag den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Professor D. Dr. Becker, der ihm sein Rücktrittsgesuch überreichte. Ministerpräsident Dr. Braun nahm das Rücktrittsgesuch entgegen. Er dankte dem ausscheidenden Staatsminister herzlich für die grossen Dienste, die er dem Freistaat Preussen und darüber hinaus der gesamtdeutschen Wissenschaft und kulturellen Arbeit zuerst als Staatssekretär und dann als Minister im Rahmen des weitgespannten Bereichs seines Ministeriums geleistet habe und gab der Hoffnung Ausdruck, dass er seine reichen Erfahrungen auf dem Gebiete der deutschen Geistesarbeit und der wissenschaftlichen Forschung im Interesse des Volkes und des Staates auch in Zukunft an sichtbarer Stelle wirksam werden nutzen können. Staatsminister Dr. Becker erwiderte mit Worten des Dankes an den Ministerpräsidenten für die enge kollegiale Zusammenarbeit in den unendlich schwierigen Jahren der Nachkriegszeit, in denen es galt, trotz politischer Bedrängnis und wirtschaftlicher Not die kulturellen Arbeiten Preussens nicht verkürzen zu lassen, sondern kräftig auszubauen.

Ministerpräsident Dr. Braun hat sodann zum Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung den gegenwärtigen Vizepräsidenten des Provinzialschulkollegiums für die Provinz Brandenburg, Grimme, ernannt.

Über die Personalien des neuen Staatsministers Grimme teilt der Amtliche Preussische Pressedienst das Folgende mit :

Adolf Grimme, der im 41. Lebensjahre steht und in Goslar a. Harz geboren ist, studierte Philosophie und begann seine pädagogische Laufbahn im Jahre 1919 als Oberlehrer in Hannover. Im Jahre 1923 wurde er an das Provinzialschulkollegium in Hannover versetzt und im Herbst 1923 zum Oberstudienrat ernannt. Im Jahre 1925 wurde er als Oberschulrat nach Magdeburg berufen und trat 1927 in das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung als Hilfsarbeiter ein. Er wurde dort 1928 zum Ministerialrat in der Abteilung U 2 (höheres Schulwesen) ernannt und verwaltete längere Zeit auch das Pressereferat des Ministeriums. Seine Ernennung zum Vizepräsidenten des Provinzialschulkollegiums der Provinz Brandenburg, in dem er - entsprechend der besonderen Struktur dieses Schulkollegiums - das gesamte Volks-, Mittelschul-, Berufs-, Fachschul- und höhere Schulwesender Provinz zu verwalten hatte, beendete 1929 seine Tätigkeit im Kultusministerium.

Staatsminister Grimme ist publizistisch mit Schriften in der Schriftenreihe der entschiedenen Schulreformer hervorgetreten, um, entsprechend seiner Einstellung als religiöser Sozialist evangelischer Konfession den weltlichen Schulgedanken auch religiös zu untermauern. Er hat weiter Schriften zur Reife-

prüfung herausgegeben und vor kurzem ein neues Sammelwerk: "Wege zur Schulreform", zu dem Staatsminister Dr. Becker, Staatsminister a.D. Dr. Doelitz und der Leiter der Abteilung für höheres Schulwesen im Preussischen Kultusministerium, Ministerialdirektor Dr. Jahnke, ein Vorwort geschrieben haben. Er ist ferner der pädagogischen Welt bekannt als Herausgeber der massgebenden Fachzeitschrift auf diesem Spezialgebiet, der "Monatsschrift für höhere Schulen". Sein soziales Interesse hat er schon als Student in den Arbeitsunterrichtskursen an der Universität betätigt. Politisch gehört er der Sozialdemokratischen Partei an.

SPD. Stuttgart, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Ortsgruppe Stuttgart der Deutschen Demokratischen Partei hielt am Mittwoch abend eine sehr gut besuchte Versammlung ab. Der neue Wirtschaftsminister Dr. Maier hielt das einleitende Referat und setzte die Vorteile und Vorzüge der Übernahme des Wirtschaftsministeriums durch die Demokratische Partei auseinander. Schon während seiner Rede machte sich die Opposition in zahlreichen Zwischenrufen bemerkbar. Nach Maier sprach der frühere Staatspräsident Dr. Hieber, der ein vernichtendes Urteil über die Verbindung der Partei mit einer Regierung fällte, in der Bazille vertreten ist. Er erinnerte an die mehrmals im Landtag eingebrachten Misstrauensvoten, die sich nicht gegen die Person Bazille, sondern gegen das System Bazille gerichtet hätten, das heute noch unverändert fortbesteht. Man hätte gegenüber diesem System in der Opposition bleiben und die Erfolge der Opposition auswerten müssen. Es sei unwahr, dass die Deutsche Demokratische Partei ihre Selbständigkeit aufgegeben hatte und der Schwanz der Sozialdemokratie gewesen wäre. Aber es war unverantwortlich die Sozialdemokratie, die ihren Willen, sich auf den Boden positiver staatspolitischer Betätigung zu stellen bekundet hatte, zurückzustossen. Es sei auch bewusst unwahr, dass die Sozialdemokratie in den letzten Jahren radikaler geworden sei. Wenn sie jetzt durch die Errichtung einer bürgerlichen Front auf die Seite der Kommunisten gedrängt werde, so trage man selbst dafür die Verantwortung. Die Demokratische Partei werde jetzt aufs schwerste belastet durch die Notwendigkeit der Mitarbeit um das Bazille'sche Schulgesetz und an seiner Lehrerbildungsvorlage, die einfach unannehmbar seien.

Die Rede Hiebers wurde von der grossen Mehrheit der Versammlung mit stürmischem Beifall aufgenommen. Nachdem Abgeordneter Karl Hausmann eine längere Rede über Mittelstandspolitik abgelesen und den Eintritt der Partei in die Regierung gebilligt hatte, wandte sich Frau Dr. Kopp in kurzer und prägnanter Rede gegen die Regierungsbeteiligung. Der Schluss ihrer Rede, "hoffentlich geht die Regierung sehr bald wieder in die Brüche", fand stürmischen Beifall.

Ein Postinspektor Wacker sprach für die Opposition und brachte eine Entschliessung ein, die sowohl den Eintritt in die Regierung an sich, wie die Art, in der die ganze Angelegenheit in der Partei behandelt wurde, bedauerte. Inzwischen war es beinahe  $\frac{1}{2}$  12 Uhr geworden und die Versammlungsteilnehmer aus den Vororten drängten auf Abstimmung. Als der Vorsitzende die Abstimmung noch weiter zurückstellen wollte, erhob sich ein grosser Entrüstungssturm. Nach einer heftigen Geschäftsordnungsdebatte wurde ein Antrag auf Schluss der Debatte angenommen. Es war kurz vor ein Uhr geworden, als die geheime Abstimmung vor sich ging. Obwohl die Versammlungsteilnehmer aus den Vororten aus Verärgerung über die Leitung die Versammlung schon verlassen hatten, wurde der Antrag Wacker mit 118 gegen 45 Stimmen angenommen. Es steht nach dem Verlauf dieser Versammlung fest, dass die Parteiorganisation in der Landeshauptstadt die von der Leitung vorgenommene politische Schwenkung mit überwältigender Mehrheit missbilligt.



SPD. Hamburg, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Heute Mittag 12 $\frac{1}{2}$  Uhr hatten sich in der Strasse Kohlhöfen grosse Ansammlungen gebildet. Polizeibeamte wurden beschimpft und es musste schliesslich zur Räumung der Strasse geschritten werden, wobei teilweise Widerstand geleistet wurde. Ordnungspolizeibeamte wurden von dem auf dem Holstenplatz befindlichen Neubau des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandshauses mit Mauersteinen und mit Eisenstücken beworfen, auch mit Latten geschlagen. Die Beamten machten von ihrem Gummiknüppel Gebrauch, auch mussten einige Schüsse auf die Angreifer abgegeben werden. Soweit bis jetzt bekannt, ist vom Zuge niemand verletzt, 11 Beamte erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen.

Um 4 Uhr nachmittags war die Ruhe überall wieder hergestellt.

SPD. New York, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

In Winnipeg hielten sämtliche Stadtverwaltungen Westkanadas eine zweitägige Konferenz ab, um über die wachsende Arbeitslosigkeit in Kanada zu beraten. Die Konferenz, an welcher alle Bürgermeister teilnahmen, betonte einstimmig den Ernst der Situation und die Notwendigkeit finanzieller Hilfsmassnahmen durch die Dominienregierung.

SPD. Washington, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Bundessenat nahm die Regierungsvorlage an, nach welcher innerhalb der nächsten drei Jahre Landstrassenbauten im Gesamtbetrage von 300 Millionen Dollar ausgeführt werden sollen. Das Bauprogramm ist zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und zur Erleichterung der Wirtschaftskrise bestimmt.

SPD. Paris, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Der neue spanische Ministerpräsident General Gerenguer hat sich am Donnerstag mittag kurz vor ein Uhr zum König begeben, um ihn von der endgültigen Bildung seines Kabinetts Mitteilung zu machen. Die neue Regierung setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident und Kriegsminister General Bernguer, Innenminister General Marzo, Marineminister Cardia, Finanz- und Wirtschaftsminister Arguelles, Justizminister Estrada, Minister für öffentliche Arbeiten Matos, Kultusminister Herzog von Alba, Arbeitsminister Sangroros d'Olano. Die Minister werden noch am Donnerstag abend dem König den Treueid ablegen.

In spanischen politischen Kreisen erklärt man, dass die neue Regierung es als ihre erste Aufgabe ansehe, sofort Neuwahlen auszuschreiben, um den Willen des Landes loyal festzustellen. In der Umgebung der Regierung glaubt man, dass diese Neuwahlen unbedingt monarchistisch ausfallen werden. Trotz der strengsten Zensur lässt sich aber nicht verheimlichen, dass sich die ausgesprochen revolutionär-republikanischen Demonstrationen mehren. Am Donnerstag früh rückten einige tausend Demonstranten unter Hochrufen auf die Republik sogar schon gegen das königliche Schloss in Madrid vor. Sie wurden von berittener Polizei in einer regelrechten Attacke zerstreut. In Barcelona sind in der Nacht zum Donnerstag bei ebenfalls republikanischen Kundgebungen zahlreiche Personen verletzt und einige sogar getötet worden.

SPD. Genf, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Erbauer des Zeppelinluftschiffes Dr. Eckener, der sich zurzeit auf einer Vortragsreise in der Schweiz befindet, wobei er u.a. in dem grössten Saale Genfs ein überfülltes Haus vorfand, besuchte am Donnerstag vormittag das Völkerbundssekretariat, wo er vom Generalsekretär des Völkerbundes Drummond empfangen wurde. In längerer Unterhaltung informierte Eckener den Generalsekretär des Völkerbundes über die Verkehrsmöglichkeiten der Zeppelinluftschiffe. Der Generalsekretär versicherte ihm, dass er der hohen Bedeutung des Luftschiffverkehrs für die Annäherung und Verständigung der Völker grösste Beachtung schenken werde. Eckener plant auf Grund des Interesses des Völkerbundssekretärs für seine Absichten, zur nächsten Völkerbundsversammlung Genf im Zeppelinluftschiff zu besuchen und auf dem Genfer Flugplatz zu landen, um den Völkerbundsmitgliedern die Möglichkeiten eines Zeppelin-Flugverkehrs sinnfällig vor Augen zu führen.

Dr. Eckener begibt sich von Genf nach Bern, wo der deutsche Gesandte Dr. Adolf Müller ihm zu Ehren einen Empfang veranstaltet, auf dem auch die Schweizer Regierung vertreten sein wird.

SPD. Wien, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Kommunisten hatten für Donnerstag vormittag zu einer Arbeitslosen demonstration auf dem Rathausplatz einberufen. Von elf Sammelpunkten zogen etwa 1100 - 1200 Arbeitslose nach dem Rathaus. Bei dem Vorbeimarsch an der Universität kam es zu kleinen Plänkeleien mit den auf der Rampe befindlichen deutschvölkischen Studenten, die aber keinen grossen Umfang annehmen.

SPD. München, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Besprechungen, die der bayerische Ministerpräsident und der Vorsitzende der bayerischen Volkspartei Ende der letzten Woche in Berlin mit den Führern und der Reichstagsfraktion des Zentrums gepflogen haben, führten am Mittwoch und Donnerstag in München zu gemeinsamen Sitzungen der Parteileitung der Reichstagsfraktion und der Landtagsfraktion der bayerischen Volkspartei. Das Ergebnis der Beratung war die einmütige Auffassung,

"dass eine endgültige Stellungnahme zu dem Haager Abkommen solange nicht möglich ist, als nicht feststeht, welche Massnahmen zur Gesundung der deutschen Finanzwirtschaft geplant sind und welche Gruppen im deutschen Reichstag die Verantwortung für diese Massnahme tragen wollen. Die bayerische Volkspartei stellt daher ebenso wie die Zentrumspartei die Forderung auf, dass die notwendigen Massnahmen zur dauernden Gesundung der deutschen Finanzwirtschaft im Reich und Ländern und Gemeinden gesichert werden, bevor die Entscheidung über das Haager Abkommen fällt und wird an dieser Forderung unverbrüchlich festhalten."

Diesen Beschluss kommentiert die bayerische Volkspartei-Korrespondenz dahin, dass die versuchte Klärung nicht nur eine allgemeine und unverbindliche sei, sondern dass auf Verpflichtungen der Parteien, die die Verantwortung für die Durchführung des Youngplanes übernehmen wollen und auf die vorherige parlamentarische Verabschiedung ganz bestimmter finanzpolitischer Gesetze gedrungen werde. Es handle sich also nicht um eine allgemeine Lösung dehnbaren Inhalts, sondern um die nicht missverständliche Anmeldung von Bedingungen, von deren Erfüllung die endgültige Entscheidung über das Haager Abkommen abhängig gemacht wird.

SPD. In der Donnerstagsitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt führte zunächst eine vom Verkehrsausschuss überwiesene Pition der Arbeiter und Angestellten der Rohrbachwerke zu einer ausgedehnten, teilweise stürmischen Auseinandersetzung. Die Arbeiter haben seit vier Wochen keinen Lohn, die Angestellten seit Dezember kein Gehalt erhalten. Die Not der Petenten ist daher sehr gross und ihre Bitte geht dahin, ihre Ansprüche aus einem Fonds zu befriedigen, der im Haushalt des Reichsverkehrsministeriums für die wirtschaftliche Umstellung der Luftfahr-Industrie noch vorhanden ist. Von den Vertretern der beteiligten Ressorts, Finanz-, Arbeits- und Verkehrsministerium, wurde auf das dringendste um Ablehnung der Petition ersucht. Man würde einen ganz neuen und gefährlichen Weg beschreiten, der zu unabsehbaren Folgen führen müsste, wenn einem vor dem Konkurs stehenden Unternehmen die Verpflichtung der rückständigen Lohnzahlung durch das Reich abgenommen werde. Die Vertreter der Sozialdemokratie, die Abg. Keil und Schumann (Frankfurt), verlangten in wiederholten Darlegungen, dass die Petition der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen werde. Die Verhältnisse lägen hier ganz einzigartig. Die Not sei gross, die Regierung müsse Wege finden, um die benötigten Mittel etatsrechtlich korrekt flüssig zu machen. Die bürgerlichen Parteien wollten indessen wegen der Konsequenzen so weit nicht gehen. Es gelang nur, die Petition zur Erwägung zu überweisen, wobei auf Ersuchen des Vorsitzenden die Regierungsvertreter die Erklärung abgaben, dass sie binnen einer Woche dem Ausschuss das Ergebnis ihrer Erwägung mitteilen würde.

Der Ausschuss trat sodann in die Einzelberatung des Ministerpensionsgesetzes ein und erledigte eine Reihe von Paragraphen. Die von der privaten Tätigkeit der Reichsminister handelnde Vorschrift wurde nach längerer Besprechung auf Antrag der neuen volkskonservativen Fraktion in folgender Form angenommen; die Reichsminister dürfen dem Vorstand, Verwaltungsrat oder Aufsichtsrat eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens nicht angehören, auch neben dem Ministeramt keine Beschäftigung berufsmässig ausüben. Die Reichsregierung kann Ausnahmen zulassen, wenn amtliche Rücksichten nicht entgegenstehen und Interessenkonflikte zwischen der amtlichen und privaten Tätigkeit des Reichsministers nicht zu befürchten sind.

---

SPD. Paris, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Der nationalistischen "Liberté" ist in argwöhnisch-patriotischer Wachsamkeit der endgültige und unerschütterliche Beweis dafür gelungen, dass Deutschland und vor allem die deutsche Industrie die autonomistische Bewegung im Elsass führt und bezahlt. Auf ihrer ersten Seite druckt sie am Donnerstag ein Reklame-Plakat einer deutschen chemischen Fabrik ab, das einen gefesselten Storch im Bilde zeigt. Dieser Storch gilt der "Liberté" als "Symbol des unter Fesseln schmach tenden Elsass." Die Nutzenanwendung sei also klar: die schuldige Firma will die Idee eines irredentistischen Elsass grosszüchten. Auf den Gedanken aber, dass es sich bei dem Plakat vielleicht nur um eine Reklame gegen ein allzu reiches Kindergeschenk des Storches handeln könnte, kam das Blatt in seiner nationalistischen Verbortheit natürlich nicht.

---

SPD. Kiel, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

In der einzigen Gemeinde Preussens, die am 17. November 1929 keine Gemeindegewahl hatte, auf der zu Schleswig-Holstein gehörenden Insel Helgoland, finden im März die Gemeindegewahlen statt.

SPD. London, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Vollsitzung der Flottenkonferenz am Donnerstag hat das erste grosse Problem, dem sich die Konferenz gegenüber sah, die alte Streitfrage Gesamttonnage oder Höchsttonnage für jede Schiffskategorie, praktisch, wenn auch noch nicht der Form nach, beseitigt. Wie einer der britischen Delegierten nach der Sitzung Pressevertretern gegenüber feststellte, sind die Trennungslinien zwischen den Delegationen in dieser Frage jetzt so dünn geworden, "dass man ein Kerzenlicht hindurch sehen könnte". Die Verhandlungen selbst verliefen in einer ausgesprochen freundlichen Atmosphäre. MacDonald betonte bei der Eröffnung der Sitzung, dass für die Aussenstehenden der bisherige Gang der Verhandlungen recht langsam gewesen sein müsse; diejenigen, die die Schwierigkeiten richtig einzuschätzen vermögen, müssten jedoch die bisherigen Ergebnisse als befriedigend betrachten. Der folgende Sprecher, der italienische Delegierte Grandi entwickelte hierauf den italienischen Standpunkt. Während Frankreich und England in ihrem Kompromiss eine Frage der gesamten Verhandlungsmethoden zu lösen suchten, stellten die zwei von Italien aufgestellten Punkte eine Prinzipienfrage dar. Falls die Konferenz ein Ergebnis erzielen wolle, so könnte sie um diese zwei Fragen nicht herumkommen. Grandi formulierte dann die beiden Punkte:

1. In welchem Grössenverhältnis sollen die Seeabrüstungen der einzelnen Staaten zueinander stehen?

2. Beabsichtigen die in London versammelten Staaten eine tatsächliche Herabsetzung ihrer Bewaffnung zur See vorzunehmen?

Die Italiener seien einverstanden, dass der von Frankreich und England vorgeschlagene Weg beschritten werde; Italien könne jedoch keinerlei endgültige Entscheidungen treffen, ehe die grundsätzlichen Fragen nicht entschieden sind. Nach Grandis Rede schlug der amerikanische Delegierte Stimson vor, das französisch-englische Kompromiss einem Komitee zur Prüfung und Berichterstattung vorzulegen, was nach längerer Debatte angenommen wurde. Es gilt schon heute als ausgemacht, dass das Komitee, welches den französisch-englischen Vorschlag während den nächsten drei Tagen prüfen wird, seine Zustimmung geben wird, worauf eine weitere Vollkonferenz den Bericht offiziell billigen wird. Damit wird das Vorstadium der Konferenz beendet sein und die Erörterung der Abrüstungsfragen zur See nach ihrer inhaltlichen Seite beginnen. Der schwierigere und an Klippen reichere Teil der Konferenz wird erst in den kommenden Woche einsetzen. Es kann jedoch nicht verkannt werden, dass in London, verglichen mit den vorangegangenen Tagen, nach der Vollkonferenz vom Donnerstag eine ausgesprochen optimistische Stimmung unter sämtlichen Delegierten, mit Ausnahme der italienischen, herrscht.

Die Vollkonferenz am Donnerstag war insofern öffentlich, als einem kleinen Teil der in London anwesenden Vertreter der Weltpresse Zulassung zum Verhandlungssaal gewährt wurde. Die Mehrzahl der Journalisten konnte in einem anderen Saale den Verhandlungen, die mittels Lautsprecher übermittelt wurden, folgen, ohne allerdings die Sprecher selbst zu Gesicht zu bekommen.

-----  
SPD. Köln, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

In Köln soll in diesem Sommer das 13. deutsche Bundesschiessen abgehalten werden. Man rechnet mit 15 000 bis 20 000 Schützen, die aus dem ganzen deutschen Reich hier eintreffen sollen. Die Stadt Köln soll zu diesem Fest 400 000 Mark oder rechnen wir die übliche Überschreitung gleich hinzu, etwa eine halbe Million Mark hergeben. Dies wird für den Bau von Schiessständen, Festzelten usw. draufgehen, ohne dass eine Garantie dafür besteht, dass diese halbe Million durch die Eintrittspreise wieder hereingebracht werden. Hier wäre eine Gelegenheit zum Sparen gewesen. Aber der Kölner Oberbürgermeister, der so gern repräsentiert, weiss auch hier einen Ausweg. Man geht jetzt, wie

wir hören, ernsthaft mit dem Gedanken um, das Schützenfest mit einer Befreiungsfeier in Köln zu verbinden. Man glaubt, dass es mit diesem klugen Coup möglich wäre; wenigstens in etwa dem Sparsamkeits"prinzip" zu entsprechen. Es wird also ein herrliches "Befreiungsbild" werden, wenn im Sommer aus dem Osten Deutschlands die Schützen in ihren unmöglichen Militäruniformen eintreffen. Ja es wird eine herrliche, eine echte reine Befreiungsfeier. Die Gespenster des wilhelminischen Deutschland wird man in Köln vereint gegen den "Erbfeind" marschieren sehen !

SPD. Der kommunistische "Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit" verleumdet in einem Flugblatt den "Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands". Der Führung des Zentralverbandes wird vorgeworfen dass sie mit den Verbandsgeldern Hypothekengeschäfte mache und mit dem Verbandsvermögen nach Gutdünken schalte und walte. Dem Reichstagsabg. Karsten wird nachgesagt, dass er neben seiner Tätigkeit als Abgeordneter und Vorsitzender des Verbandes auch noch als Angestellter der sozialdemokratischen Partei besonders besoldet werde und ein Gehalt von rund 30 000 Mark beziehe. Die Korruption der Leitung des Zentralverbandes, so heisst es in dem Flugblatt weiter sei der Berliner Staatsanwaltschaft bereits zur Anzeige gebracht worden. Die Führung der SPD sei von den Dingen unterrichtet, decke jedoch den Skandal.

Das Flugblatt ist gezeichnet von dem kommunistischen Reichstagsabg. Gräf. Gegen ihn kann man nicht vorgehen. Die Leiter des Zentralverbandes, Karsten und Matthes, haben bereits am 4. Dezember gegen einen entlassenen Verbandsangestellten, von dem die Verleumdungen des Flugblattes stammen, Klage erhoben. Die Revisoren wurden sofort von den Verleumdungen benachrichtigt und gebeten, die Verbandsgeschäfte zu prüfen. Die Revisoren haben die Buchführung der Vermögensverwaltung noch einmal gründlich nachgeprüft und die Geschäftsführung als tadellos bezeichnet. Trotzdem hat der entlassene Angestellte der Staatsanwaltschaft gegenüber seine Anschuldigungen wiederholt, die er bereits vor dem Vorsitzenden der SPD erhoben hatte. Der Staatsanwalt hat jedoch weder gegen Karsten noch gegen Matthes Klage erhoben. Bei den Hypothekengeschäften handelte es sich lediglich darum, das Vermögen der Sterbekasse so nutzbringend wie möglich anzulegen, damit der angesammelte Reservefonds der Mitgliedschaft voll zugute kommt. Karsten ist lediglich angestellter Vorsitzender des Zentralverbandes und daneben Abgeordneter. Von der Partei bezieht er weder Gehalt noch Spesen.

Der Verleumder hat in einem Brief an den Parteivorstand ausdrücklich erklärt, dass es sich bei seinem Vorgehen um einen Racheakt handele. Er war beim Zentralverband einige Monate probeweise beschäftigt. Er entpuppte sich als übler Aufschneider, dem die notwendigen sozialpolitischen Kenntnisse fehlten. Einem Kollegen, der ihn wegen seiner Aufschneiderei zur Rede stellte, hat er blutig geschlagen. Er wurde mit Rücksicht auf seine bedürftige Lage bei der Entlassung ausserordentlich zuvorkommend behandelt. Er erhielt nach seiner Entlassung noch ein Monatsgehalt von 500 Mark und ausserdem 500 Mark für angebliche Umzugskosten. Wie nachträglich festgestellt werden konnte, ist er gar nicht umgezogen. Zum Dank für die gute Behandlung verleumdet er jetzt die Leitung des Zentralverbandes.

SPD. Köln, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Am 31. Januar werden die Hochöfen sowie das Stahl- und Walzwerk in Geiswald schliessen. Die Blechwerke in Weidenau werden am 15. Februar stillgelegt. Insgesamt kommen durch diese Stilllegungen rund 1000 Arbeiter zur Entlassung.

## Becker zurückgetreten.

Preussischer Kultusminister: Genosse Grimme.

SPD. Die Verhandlungen über die Bildung der Grossen Koalition in Preussen sind wieder einmal gescheitert. Die Volkspartei hatte den preussischen Ministerpräsidenten Genossen Otto Braun durch führende Persönlichkeiten wissen lassen, dass sie jetzt bereit wäre, das im Vorjahr abgelehnte Angebot anzunehmen: Handelsminister und Minister ohne Portefeuille. Daraufhin hat Braun ihr offiziell dieses Angebot gemacht, und die Volkspartei hat - abgelehnt! Es ist nicht leicht, zu Vereinbarungen mit einer Fraktion zu kommen, die regelmässig ihren eigenen Vorsitzenden desavouiert.

Es bleibt demnach in Preussen bei der bisherigen Weimarer Koalition. Die Volkspartei macht sich Hoffnungen darauf, dass der Staatsgerichtshof am 14. Februar das preussische Wahlgesetz für ungültig erklären und dadurch die Mehrheit der Weimarerkoalition vernichten werde. Trügerischer Wahn! Das Wahlprüfungsgeschicht beim Reich und in Preussen hat die Wahl vom Mai 1928 für gültig erklärt. Dieses Urteil ist endgültig und unwiderruflich. Sollte der Staatsgerichtshof zu dem falschen Urteil kommen, dass irgend eine Bestimmung des preussischen Wahlgesetzes - es stimmt bekanntlich wörtlich mit dem Reichswahlgesetz überein - gegen die Verfassung verstiesse, so ergäbe sich daraus niemals eine andere Zusammensetzung des jetzigen Landtages, sondern höchstens eine Pflicht für ihn, das Gesetz für die nächsten Wahlen zu ändern. Aber auch das wird Preussen schwerlich können, solange das Reichswahlgesetz nicht geändert ist.

Innerhalb der Weimarer Koalition ist jetzt der längst fällige Wechsel im Kultusministerium vorgenommen worden: Anstelle des zurückgetretenen parteilosen Dr. Becker ist Genosse Grimme, bisher Vizepräsident des Provinzialschulkollegiums Berlin, zum Minister für Wissenschaft, Kunst und Unterricht ernannt worden.

Die Sozialdemokratie hat seit den Wahlen von 1928 ihre stärkere Vertretung im Preussenkabinett gefordert. Es war in der Tat völlig unerträglich, dass die 137 sozialdemokratischen Abgeordneten in der Regierung bisher schwächer vertreten waren, als das halb so zahlreiche Zentrum oder die 21 Demokraten. Lediglich weil man annahm, dass die Grosse Koalition doch bald zustande kommen würde, ist die Ernennung des dritten sozialdemokratischen Ministers immer wieder hinausgeschoben worden.

In der Zwischenzeit haben demokratische Blätter einen beispiellos unanständigen Kampf für Herrn Dr. Becker und gegen den sozialdemokratischen Kultusminister-Kandidaten Genossen Christoph König geführt. Die Sozialdemokratie musste darauf verzichten, gegen den amtierenden Kultusminister des Kabinetts Braun mit den gleichen Mitteln zu arbeiten, wie sie überhaupt die Methode persönlicher Verunglimpfung neidlos der Revolverpresse überlässt. Heute aber kann gesagt werden, dass die Zusammenarbeit zwischen Herrn Dr. Becker und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion seit langem unmöglich geworden war. Sowohl wegen Beckers Personalpolitik - er berief fortwährend Deutschnationalen ins Ministerium, aber keinen Sozialdemokraten - als auch wegen seiner sachlichen Amtsführung. Seine beiden jüngsten Erlasse für Kolonialpropaganda in den Schulen und gegen gemeinsame Schulfeste am 11. August waren nicht geeignet, den Widerstand gegen ihn zu vermindern.

Was den Genossen König angeht, so hat kein anderer als Herr Minister Dr. Becker selbst ihm in die dienstliche Qualifikation geschrieben, dass er ein hervorragender Schulfachmann und ein aussergewöhnlicher Schulpolitiker sei, der allen Weltanschauungen Gerechtigkeit zuteil werden lasse und Gegensätze mit besonderem Geschick überwinde. Jetzt plötzlich haben die Demokraten entdeckt, dass Königs Ernennung zum Kultusminister die Belange der evangelischen Bevölkerungskreise bedrohe. Sie haben es durch diese Erklärung ihres Abgeord-

neten Dr. Falk dem Zentrum unmöglich gemacht, seine stillschweigende Zustimmung zur Kandidatur König - König war früher Katholik und ist Dissident - aufrecht zuerhalten. Aber wie haben sich mit diesem Einwand die Demokraten blamiert! Die Verfassung verbietet bekanntlich, die Bekleidung von Staatsämtern von der Konfession abhängig zu machen. Der reaktionäre Staatsgerichtshof hat entschieden, dass zwar für den Schulunterricht konfessionelle Bindungen bestehen, aber niemals für Schulverwaltung und Schulaufsicht. Hinter diesem Staatsgerichtshof sind die Herren Demokraten zurückgefallen, und wer in der Politik einigermaßen Bescheid weiss, wird die Bemerkung der "Germania" belächeln, dass die Demokraten sich plötzlich zur Vertretung der evangelischen Belange aufgeworfen hätten.

Die Haltung der Demokraten hat eine vorübergehende Krise in der Zentrumsfraktion hervorgerufen, die heute damit geendet hat, dass der Abgeordnete Dr. Hess mit 57 von 60 Stimmen zum Fraktionsvorsitzenden gewählt worden ist. Offenbar haben ihm die Angriffe des "Berliner Tageblatt" nicht mehr geschadet. Die Regierungsverhandlungen selbst sind damit abgeschlossen, dass Genosse Grimme zum Kultusminister ernannt worden ist; er ist evangelisch, und die Herren Demokraten werden also gewiss hoch befriedigt sein.

Noch mehr befriedigt ist freilich die Sozialdemokratie, die endlich die allseits gegebene Zusage eingelöst sieht, dass sie das Unterrichtsministerium in Preussen erhalten soll. Um einer Personenfrage willen konnte sie dieses Ziel nicht aufgeben. Jeder Abgeordnete des preussischen Landtages - selbst deutschnationale Volksschulmänner haben es in diesen Tagen ausgesprochen - weiss ohnedies, dass König zum Kultusminister am besten qualifiziert war. Aber auch durch seine Ablehnung konnte man uns nicht in Verlegenheit setzen; die Sozialdemokratie verfügt über soviel Männer, die vielleicht nicht in Schönredeerei, aber in praktischer Leistung Hervorragendes aufweisen können, dass trotz allen Herumratens der Demokratenpresse in Namen zahlreiche geeignete in Erwägung gezogene Kandidaten nicht einmal erwähnt worden sind.

Im Genossen Grimme hat der preussische Ministerpräsident einen ganz hervorragenden Schulmann von weitem Blick und hoher Bildung gefunden. Grimme ist in den Kapptagen zur Partei gekommen und hat sich seitdem in der Schulabteilung der Regierung Magdeburg, als Ministerialrat im Unterrichtsministerium und als Vizepräsident des Provinzialschulkollegiums ausserordentlich bewährt. Sein eigentliches Fachgebiet ist die höhere Schule; aber wir erwarten von seiner Tatkraft vor allem die sozialpädagogischen Reformen, die wir bisher im preussischen Unterrichtswesen schmerzlich vermisst haben.

---

SPD. Stuttgart, 30. Januar (Eig. Drahtber.)

Bei der Beratung des Etats im Finanzausschuss des württembergischen Landtags teilte Staatspräsident Bolz auf die Frage eines sozialdemokratischen Abgeordneten mit, dass die württembergische Regierung für den Young-Plan stimmen werde. Auf die weitere Frage, ob dieser Beschluss einmütig gefasst worden sei, verweigerte er die Auskunft.

Inbezug auf die Vereinfachung der staatlichen Verwaltung teilte der Staatspräsident mit, dass nach dem Gutachten des Reichssparkommissars je zwei bis drei Oberamtsbezirke zusammengelegt werden sollen. Das entspreche auch dem im Ministerium des Innern ausgearbeiteten Plan, der aber aus politischen Gründen bisher nicht durchgeführt werden konnte.

Der in der letzten Zeit mehrfach in der Presse erörterte Plan einer Zusammenlegung von Baden und Württemberg wird nach der weiteren Ausführung des Staatspräsidenten erst dann eine praktische Bedeutung erlangen können, wenn man in Baden auch von amtlichen Stellen aus seine Geneigtheit, der Frage näher zu treten, zu erkennen geben werde.

---

## Ein beträchtlicher Irrtum.

Ist der Young-Plan eine sozialdemokratische Angelegenheit?

Von Wilhelm Keil, M.d.R.

SPD. Der Vorstoss, den das Zentrum beim Reichskanzler gemacht hat zu dem Zweck, vor der endgültigen Entscheidung über den Youngplan die Regierungsparteien auf bestimmte Bedingungen, die die Finanz- und Steuerpolitik betreffen, festzulegen, kommt gerade noch zur rechten Zeit, um einen grundlegenden Irrtum zu berichtigen, dem man des öfteren schon in den Kreisen der bürgerlichen Regierungsparteien begegnet ist. Diese Aktion des Zentrums geht von der Voraussetzung aus, dass das Zentrum den übrigen Regierungsparteien, gemeint ist wohl in erster Linie die Sozialdemokratie, ein Entgegenkommen zeige, wenn es dem Youngplan zustimme. Das Zentrum möchte darum gewisse Gegenleistungen eintauschen in der Form, dass die anderen Regierungsparteien - wieder vor allem die Sozialdemokratie - sich auf finanzpolitische Zentrumsforderungen festlegen. Man weiss zunächst nicht, welcher Art diese Zentrumsbedingungen sind, kann also auch nicht sagen, welche sachliche Stellung man zu ihnen einnehmen würde. Darauf kommt es aber auch zunächst nicht an. Die Frage ist vielmehr die, ob der Young-Plan für ein Handelsgeschäft geeignet ist, bei dem die eine Partei einen Vorteil erzielt, wo-für sie der anderen eine Gegenleistung gewähren müsste.

Richtig ist soviel, dass das Zustandekommen des Youngplanes rein politisch gesehen ein Plus für die Sozialdemokratische Partei bedeutet. Die Befreiung der besetzten dritten Zone ca. 5 Jahre vor dem Termin, den die Väter des Versailler Vertrages festgesetzt hatten, ist vom verstorbenen Aussenminister Dr. Stresemann bereits als "ein grosser, ein sehr grosser Fortschritt" bezeichnet worden. Im Zusammenhang mit der erheblichen Senkung der Reparationslasten kann die endgültige Räumung des besetzten Gebietes als der grösste politische Erfolg der Nachkriegszeit angesprochen werden. Der künftige deutsche Geschichtsschreiber wird an der Tatsache nicht vorbeigehen, dass dieser Erfolg nur zu erzielen war von einer Regierung, die unter sozialdemokratischer Führung stand. Diese Feststellung ist keine Ruhmredigkeit, sondern nur die Betonung der einfachen Tatsache, dass die wohlverstandenen nationalen Interessen Deutschlands bei der demagogischen Verwilderung des politischen Lebens der Nachkriegszeit anders als mit Hilfe der Sozialdemokratie nicht gewahrt werden konnten:

Bedeutet das nun, dass die Sozialdemokratie irgend einer anderen Partei Konzessionen machen müsse, um die Neuordnung der Reparationsfragen unter Dach zu bringen? So gross auch das Interesse des Volksteils, der hinter der Sozialdemokratie steht, an der wirtschaftlichen Entlastung Deutschlands, an der Wiederherstellung der deutschen Souveränität und an der Befriedung Europas ist, es ist nicht grösser als das jener Volksschichten, die vom Zentrum oder der Deutschen Volkspartei vertreten werden. Es ist ein gesamtdeutsches Interesse im höchsten Sinne des Wortes, zu der reparationspolitischen Bereinigung zu kommen, die der Youngplan jedenfalls für die nächste Zukunft bringen wird. Auch wenn man damit rechnen muss, dass der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und vielleicht der ganzen Welt nach einer Reihe von Jahren zu einer erneuten Nachprüfung des Reparationsproblems zwingt, so ist der Youngplan als Zwischenlösung doch die Voraussetzung für eine spätere vernunftgemässere Regelung.

Würde der Youngplan scheitern, so wären die Folgen unabsehbar. Der ohnehin zurzeit sich vollziehende wirtschaftliche Niedergang müsste sich zur schwersten Katastrophe auswachsen. Die millionenzahlige Arbeitslosenarmee würde sich verdoppeln, verdreifachen, und wie aus diesem Elend herauszukommen wäre, könnte niemand voraussagen. Ergibt sich daraus aber nur eine Gefahr für die armen Teufel, die von der Not unmittelbar betroffen würden? Wäre damit nicht vielmehr eine Staatsgefahr, eine Gefahr für das ganze Gefüge unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens verbunden? Schon die unmittelbaren Auswirkungen einer Ablehnung des Youngplans, die darin bestehen, dass von einer Aufhebung der Rentenbanklast der Landwirtschaft, von einer allmählichen Senkung der Industrie-



belastung, von einer Milderung der Steuerlast nach vollkommener Sanierung der Reichsfinanzen nicht die Rede sein könnte, würden die bürgerlichen Schichten bitter empfinden. Welches Schicksal ihnen aber bevorstünde, wenn eine Wirtschaftskatastrophe in dem angedeuteten Ausmass, verbunden vielleicht mit einer wiederholten Zerstörung der deutschen Währung über uns hereinbräche, lässt sich nur ahnen, nicht im einzelnen ausmalen.

Die Parteien, die vom Gefühl der Verantwortung für das Geschick des gesamten deutschen Volkes erfüllt sind, haben somit ein gemeinsames Interesse am Zustandekommen des Youngplanes. Die Sozialdemokratie weiss sich frei von jedem Erfüllungsfanatismus, den gewissenlose nationalistische Hetzer ihr andichten. Sie könnte, wie es jetzt das Zentrum und gewisse Kreise der Volkspartei tun, sich gleichfalls spröde zeigen und erklären, an der Annahme des Youngplanes sei ihr nicht viel gelegen, sie werde nur zustimmen, wenn gewisse von ihr aufgestellte Bedingungen vorher erfüllt würden. Sie denkt nicht an ein solches Komödientenspiel. Sie braucht sich auch nicht bei dieser Gelegenheit erst auf die schweren Aufgaben hinweisen zu lassen, die nach Annahme des Youngplanes bevorstehen werden. Sie weiss genau, in welcher Verfassung sich unser Wirtschaftsleben und unsere Finanzen befinden. Wüsste sie darüber keinen Bescheid, so würde der soeben vom volksparteilichen Finanzminister von Moldenhauer herausgegebene finanzielle Ueberblick über den Reichshaushalt sie dahin belehren, dass schon im Etatjahr 1928, für das die Bürgerblockmehrheit des Reichstags den Haushaltsplan aufgestellt hatte, eine unerhörte Misswirtschaft getrieben worden ist. Die Sozialdemokratie wird sich nicht zur Ausräumung dieser Misswirtschaft zu Entscheidungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik drängen lassen, die sie vor ihrem sozialen Gewissen nicht verantworten kann.

Wenn heute nahezu 3 Millionen arbeitsbereiter Menschen auf dem Pflaster liegen, so ist das eine Folge der anarchischen kapitalistischen Wirtschaft, die wir grundsätzlich bekämpfen. Vermag diese kapitalistische Wirtschafts"ordnung" keine Vorkehr zu treffen gegen solche Erscheinungen, so erwächst dem Staat als dem Vertreter des Gesamtvolkes die Pflicht, jene Reservearmee wenigstens vor dem Verhungern zu schützen. Die politischen Kreise, die vor der Annahme des Youngplanes Bedingungen auf Kosten der notleidenden Massen stellen möchten, befinden sich in einem grossen Irrtum, wenn sie glauben, die Sozialdemokratie entweder zu sozialpolitischen Opfern oder zu neuen einseitigen Belastungen der Arbeiterklasse verpflichtet zu können. Sind für das Jahr 1930, das trotz des Youngplanes finanzpolitisch ein schwieriges werden wird, neue Steuereinnahmen notwendig, so sei daran erinnert, dass mit der Erhöhung der Tabaksteuer seitens der Träger der Massenbelastung schon eine Vorleistung erfolgt ist.

Man täusche sich also nicht darüber, dass die Sozialdemokratie in Rücksicht auf den Youngplan zu irgendwelchen Konzessionen, die mit ihren sozialpolitischen Auffassungen unvereinbar sind, nicht zu haben sein wird.

SPD. Budapest, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen erstattete am Donnerstag im Abgeordnetenhaus Bericht über die Haager Verhandlungen. Die Sozialisten begrüßten ihn mit den Rufen: "Die spanische Diktatur ist gestürzt, wann werden Sie folgen?" Bei Beginn seiner Rede wurde Graf Bethlen von der Mehrheit des Hauses mit Beifallklatschen begrüßt; die Sozialisten rufen: "Die Grossgrundbesitzer applaudieren!" Als Bethlen hervorhebt, dass Ungarn von den Reparationslasten befreit worden sei, rufen die Sozialisten: "Wann werden wir von Ihnen befreit?" Auf seine Worte, dass er die Interessen des Landes gewahrt habe, folgen Zwischenschreie: "Sie haben Ihre Klasseninteressen gewahrt. Die Interessen von 900 Grossgrundbesitzern sind kein nationales Interesse. Die Invaliden und die Kriegserwitwen müssen für den Erzherzog Friedrich zahlen." Nur langsam legt sich der Lärm, sodass der Ministerpräsident seinen Bericht beenden kann.

## Kapitän Ehrhardt im Tscherwonzenfälscher-Prozess.

SPD. Der Mann mit dem Stiernacken und dem Boxergesicht, der am Donnerstag mit einer unangenehm schnarrenden Kommandostimme seine Aussagen macht, ist der ehemalige Korvettenkapitän Ehrhardt. Seine Vernehmung bildete eine Sensation in dem ermüdend sich hinschleppenden Tscherwonzenfälscher-Prozess.

Der Vorsitzende macht ihn darauf aufmerksam, dass er sich nach § 139 durch die Unterlassung der Anzeige eines Münzverbrechens strafbar mache und deswegen in diesem Punkte nicht auszusagen brauche. Der putschistische Häuptling ist denn auch mit seinen Aussagen ausserordentlich vorsichtig. Als er 1920 in München "politische tätig" war, seien viele russische Emigranten auf sein Büro gekommen und hätten ihn angeschnorrt. Die meisten seien Hochstapler gewesen, die von ihm abgewiesen worden wären. 1926 oder 1927 habe er Karumidze kennen gelernt. In seine Fälschungspläne habe er ihn nicht eingeweiht; nur im all-gemeinen sei die Rede gewesen von Währungsfälschung als politisches Kampf-mittel. Die Pläne Karumidzes hätten ihn interessiert, weil ihre Fäden nach England liefen. Nach seiner Übersiedlung von München nach Berlin habe er wiederum eine Unterredung mit den Georgiern gehabt, die die Verbindung mit General Hoffmann bezweckte. Er habe "einen seiner Herren" mitgebracht, weil er mit russischen Politikern immer nur in Gegenwart von Zeugen verhandele.

Während er persönlich sich von Karumidzes Ideen eines Aufstandes in Kaukasien und von der Wegnahme des "flüssigen Goldes", des Erdöls, nichts versprochen habe, hätten dem General Hoffmann diese sehr eingeleuchtet: er war "reichlich optimistisch". Karumidze habe diese Ideen dadurch schmackhaft zu machen versucht, dass er von einer Rückwirkung auf die deutschen Verhältnisse sprach. Dass Ehrhardt sich auch dadurch nicht überzeugen liess, ergebe sich aus der Tatsache, dass er keinerlei Mittel zur Verfügung stellte. Dass er einen "Verbindungs-mann" gestellt habe, streite er entschieden ab. Auch eines "Bündnisses zwischen Deutschland und Georgien" will er sich nicht entsinnen; wohl aber habe General Hoffmann in einer Privatbesprechung mit ihm sein Interesse an einem solchen Bündnis geäußert, falls das kaukasische Abenteuer gelingen sollte. Hoffmann habe ihn mitnehmen wollen zu der Londoner Konferenz. Seine Bedenken gegen die georgischen Pläne habe er nicht ausgesprochen, weil der General in seinen Ansichten "sehr entschieden" gewesen sei und er, Ehrhardt, sich nur habe "informieren" wollen.

Der Verteidiger der Georgier ist mit Ehrhardts Aussagen nicht zufrieden. Er glaubt ihm nicht, dass Karumidze ihm eine falsche Banknote gezeigt habe und dass Ehrhardt wiederum sie dem Hoffmann unterbreitet habe. Der "Verbindungs-mann" mit den Kaukasiern, bemerkt er, sitze hier im Saale. Er meint Bell. Zögernd gibt er fast zu, dass er Bell in München kennen gelernt und dass ihm dieser mit seinem eigenen Auto wiederholt als Chauffeur gedient habe, wenn die Polizei hinter ihm her war. In Berlin habe er überhaupt keinen Verbindungs-mann mehr gehabt; als "Verbindungs-mann" betrachte er eine Persönlichkeit, der er sein volles Vertrauen schenke. Für die Londoner Reise habe er kein Geld hergegeben. Woher General Hoffmann dieses gehabt, das weiss er wohl - aber er verrät es nicht. Auf die Frage, wie er über die Persönlichkeit des Angeklagten denke, sagt er: "Karumidze und Sadathieraschwili (er kann ihre Namen nicht einmal aussprechen) erschienen mir politisch einwandfrei, ohne materielle Absichten. Auch Bell hat sich mir gegenüber stets einwandfrei benommen. Er ist eine Kraftnatur, von ungeheurem Tatendrang, der dem Kampf gegen den Bolschewismus zugute kommen sollte. Bell hat sich ziemlich ungehemmt in die Sache hineingestürzt. Ich habe ihn nicht zurückgehalten: das hätte ja doch nichts genützt. Als er seine Stellung bei Maffai aufgab, sagte ich zu ihm: "Bell, Sie sind verrückt!" Von den Balkanplänen Bells will er merkwürdigerweise nichts erfahren haben. Später habe ihn dann Bell um Vermittlung einer Stellung angegangen. Über den Beruf, den sein Schützling ergreifen sollte, aus-

serte sich Ehrhardt nicht. Da scheint etwas faul zu sein.

Ehrhardt verrät auch nichts, wer die "englischen Persönlichkeiten" gewesen sind, mit denen man sich in der georgischen Angelegenheit in Verbindung setzen wollte. Auch auf die Versuche des Anwalts Sack, Einzelheiten über "Aufmarschpläne" des Generals Hoffmann herauszuholen, reagiert Ehrhardt sauer. Nichts verrät er über seine Abmachungen mit dem politisierenden General.

Als zum Schluss Ehrhardt verurteilt werden soll, macht die Staatsanwaltschaft Einwendungen. Das Gericht schiebt sie aber beiseite und lässt ihn den Zeugeneid schwören.

Anschliessend daran weist Rechtsanwalt Beer auf den französischen Parallelfall hin, auf den Prozess gegen Litwinow, der mit einem Freispruch geendet hat, weil sich die französische Rechtsprechung weigert, der Sowjetregierung, die sich ausserhalb aller bürgerlichen Rechtsordnung stelle, einen Rechtsschutz im Ausland angedeihen zu lassen. Die russische Regierung betreibe selbe die Fälschung ausländischer Banknoten ganz offiziell, wie der Umlauf der falschen Dollarnoten beweise. Kriminalkommissar von Liebermann vom Berliner Polizeipräsidium wird als Zeuge dafür benannt, dass in Minsk im Jahre 1926 falsche 20 Mark-Scheine hergestellt worden sind, um Deutschland zu schädigen. Umso verwunderlicher ist die Empfindlichkeit derselben Sowjetmänner, die Karumidze in contumacia zum Tode, Sadathieraschwili zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt haben.

SPD. Der preussische Innenminister stellte in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage des deutschnationalen Abg. Mursch, in der wiederholt von "nationalen Beamten" die Rede war, grundsätzlich folgendes fest: Das Staatsministerium sieht sich angesichts der in verschiedenen Anfragen vorkommenden besonderen Bezeichnung der zum Stahlhelm gehörenden Beamten als "nationale" Beamte zu seinem Bedauern genötigt, den mit dieser Hervorhebung verfolgten Zweck als das zu kennzeichnen, was er ist, nämlich als einen plumpen Versuch, die gewaltige Mehrheit der Beamtenschaft, die dem Staate treu ergeben ist, wegen dieser ihrer wahrhaft nationalen Gesinnung und Haltung herabzusetzen und zu verunglimpfen. Das Staatsministerium weist diesen Versuch nochmals auf das entschiedenste zurück und wird in Zukunft kleine Anfragen, die wiederum einen derartigen Unterschied zwischen "nationalen" und anderen Beamten machen, nicht mehr beantworten.

SPD. Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags nahm am Donnerstag die angekündigte Vorstandswahl vor. Es wurden gewählt zum ersten Vorsitzenden Abg. Dr. Hess, zum zweiten Vorsitzenden Abg. Steger, zum dritten Vorsitzenden Abg. Zawadzki. Dann wurden noch zu Ehrenvorsitzenden die bisherigen Vorsitzenden der Fraktion Dr. Porsch und Dr. Herold einstimmig gewählt.

SPD. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat am Donnerstag mittag das Angebot des Ministerpräsidenten Dr. Braun, das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe und den Posten eines Ministers ohne Portefeuille zu übernehmen, als unzureichend abgelehnt. Damit sind die Bemühungen des Ministerpräsidenten um die Grosse Koalition beendet.

## Unschuldig im Zuchthaus.

Von Adolf Lehing.

5. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

SPD. Es folgte die Rede meines Verteidigers Rechtsanwalt Buschmann=Oldenburg. Er kennzeichnete vor allem die Lücken des geführten Indizienbeweises. Er hob hervor, dass kein Beweis dafür geführt worden sei, wie ich von Bremen zum Tatort gelangt sein könne. Er hob weiter hervor, dass man trotz der grössten Anstrengungen nicht irgendeinen Beweis dafür hätte erbringen können, dass wir im Besitze der am Tatort gefundenen Schlagwerkzeuge - mit Sand gefüllte Segeltuchschläuche und bleibeschlagnene Knüttel - gewesen waren. Er erinnerte noch an einen kurz vorher aufgeklärten Justizirrtum, wurde aber dabei vom Vorsitzenden dahingehend unterbrochen, dass das nicht Gegenstand der Verhandlung sei. Er ermahnte nochmals die Geschworenen, unvoreingenommen an die Prüfung der Schuldfrage heranzugehen und beantragte die Freisprechung.

Als Dritter begann der jetzige Bürgermeister Fimmen von Oldenburg und damaliger Verteidiger Engelbert Schmidt's sein Plädoyer. Er führte aus, dass solange er mit Engelbert Schmidt in der Zelle verhandelt hätte und solange er zusammen mit uns der Hauptverhandlung gefolgt sei, er nie in seiner felsenfesten Ueberzeugung von meiner Unschuld und der Unschuld seines Klienten Engelbert Schmidt erschüttert sei.

Intelligenz, Temperament, ernste Ermahnungen und zu Herzen gehende Bitten, sie waren vergeblich. Alles prallte an Vorurteil, Verblendung und Beschränktheit ab.

### Der Kopf muss herunter.

Vier Tage sass den Geschworenen gegenüber. Von dem einen hatte ich den Eindruck, als wenn er sich die verzweifeltste Mühe gäbe, den Weg zur Wahrheit zu finden, doch glaube ich, dass er nach der Verhandlung nicht viel schlauer war als vorher. Dann waren wieder einige da, die, sobald etwas Entlastendes zum Vorschein kam, anfangen zu lachen oder eine ungläubige Miene anzusetzen. Es steht sogar fest, dass einige der Geschworenen am ersten Tage der Verhandlung, als sich in öffentlicher Sitzung bestimmt noch keine Grundlagen zu einer Verurteilung ergeben hatten, bereits gesagt haben: "Der Kopf muss herunter". Dieser Ausspruch zeigte zur Genüge, ob die Geschworenen zu Richtern qualifiziert waren oder nicht. Selbst der Vertreter der Anklage muss heute zugestehen, dass diese Geschworenen leicht zu einem "Schuldig" gekommen seien, da sie bereits vor Abschluss der Verhandlung mit ihrem Urteil fertig waren, was sie auch zum Ausdruck brachten.....

Die Geschworenen zogen sich in das Beratungszimmer zurück. Wir wurden in unsere Zellen zurückgeführt.

Furchtbare Minuten!

Noch konnte ich mir nicht vorstellen, dass eine Verurteilung möglich war, doch hatte ich das unbestimmte Gefühl, dass am Ende doch Lug und Trug siegen könnten. Minuten wurden zu Stunden.

Endlich wurde die Tür geöffnet, wir wurden wieder gefesselt in den Schwurgerichtssaal zurückgeführt. Das fürchterliche Verhängnis nahte heran. Meine Nerven waren bis zum Zerreißen gespannt. Atemlose Stille im Schwurgerichtssaal. Der Protokollführer erhob sich. Nie vergesse ich den Gesichtsausdruck des Vorsitzenden. Er war seiner Sache sicher. Mit mehr als sieben Stimmen wurde die Schuldfrage bei uns allen dreien bejaht.

Grauen und Entsetzen, ein ungeheurer Ekel, erfüllte mich. Ich konnte nichts mehr sagen.

Nach Verkündung des Schuldspruchs erhob sich der Vertreter der Anklage. Er verlangte 15 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust als Sühne für das

Delmenhorster Verbrechen. Denselben Strafantrag stellte der Vertreter der Anklage gegen Louis Schmidt. Nach kurzer Beratung des Dreirichterkollegiums wurde dann das Urteil verkündet. Es lautete auf 14 Jahre Zuchthaus und die Nebenstrafen. Der Verhandlungsleiter führte aus, dass eine so schwere Bestrafung am Platz sei, weil wir die Tat mit unerhörter Frechheit ausgeführt hätten. Damit war die Verhandlung geschlossen. Wir wurden gefesselt wieder abgeführt. Kurz vorher rief Engelbert Schmidt mit erhobener Hand in den Schwurgerichtssaal hinein: "So wahr ein Gott lebt, es wird der Tag kommen, an dem sich unsere Unschuld erweisen wird!"

Die Verhandlung hatte zwei kritische Momente, in denen die Tatsache, dass wir Engelbert Schmidt und ich, nicht die Täter des uns zur Last gelegten Verbrechens sein konnten, zum Durchbruch kommen wollte. Das Emporkommen der Wahrheit wurde aber vom Leiter der Verhandlung erdrosselt. Die erste Möglichkeit klarer Wahrheitsermittlung war nun folgende Begebenheit:

Auf seine Veranlassung hatte mein Verteidiger, Rechtsanwalt Buchmann, an den schon früher genannten Alibizeugen zwei Tage vor der Hauptverhandlung einen Brief geschrieben, mit der Bitte, dass dieser Zeuge, der Händler Schlee, einmal nachsehen möge, ob er noch im Besitze eines Frachtbriefes sei, der den Stempel des 28. November, des Tattages, trug. Wie erinnerlich, wollte ich gleich zu Anfang der Voruntersuchung durch diesen Stempel den Tag unseres Alibis festlegen. Sodann an Hand dieser Festlegung den Zeugen einen festen Anhaltspunkt zur Kontrolle ihrer Erinnerung geben.

Als nun der Zeuge Schlee zur Vernehmung vor den Zeugentisch trat, da stieg die Spannung unter den Eingeweihten im Schwurgerichtssaal auf das Höchste. Der Zeuge Schlee hatte tatsächlich den erwähnten Frachtbrief in der Hand. Mein Verteidiger Rechtsanwalt Buchmann stellte an mich die Frage: "Soll ich nun den Frachtbrief nehmen oder nicht?" "Denn", sagte er, "trägt der Frachtbrief den Stempel des 29. November, dann ist alles verloren." Ich erwiderte darauf, dass der Frachtbrief von den beiden Kutschern am Tage der Tat um 6 Uhr nachmittags, in meiner Gegenwart in der Thiemann'schen Wirtschaft, Abenthorstrasse 16 an den Händler Schlee abgegeben worden sei. Der Frachtbrief müsse den Stempel des 28. November tragen. Jetzt trat der Verteidiger Ruschmann an den Zeugen heran und nahm den Frachtbrief in seinem Besitz. Und siehe da, der Verteidiger las den Stempel des Frachtbriefes triumphierend laut vor. Er lautete wörtlich: "Abgegeben am 28. November nachmittags". Mit einem Ruck war meine Zuversicht in die Höhe geschneit. Ich dachte "jetzt kommt die Wahrheit an den Tag. Wenn nun das Gericht will, dann kann unsere Unschuld erwiesen werden." Mein Verteidiger stellte die Frage an Schlee: "Sagen Sie mal, Herr Zeuge, um welche Zeit wurde der Frachtbrief an Sie abgegeben?" Und jetzt geschah etwas, was die ganze Einstellung des Verhandlungsführers klar und deutlich kennzeichnete. Bevor der Zeuge antworten konnte, rief der Schwurgerichtsdirektor Nothe dazwischen:

"Das kann der Zeuge nicht mehr wissen. Das kann ja auch um 9 Uhr abends gewesen sein!"

Furchtbar hat dies auf mich gewirkt. Nun waren alle idealen Vorstellungen über richterliche Gerechtigkeit vollständig zusammengebrochen. Das war eine Erdrosselung der Wahrheit.

### Vergessliche Köchinnen.

Die zweite Gelegenheit, die Wahrheit klar und deutlich zu ermitteln, bot sich dem Führer der Verhandlung bei zwei der Zeugen, die wir zum Beweise unseres Alibis herangezogen hatten. Die Köchinnen Kurzawa und Hoynka, standen sich im Schwurgerichtssaal gegenüber. Ihre Erinnerungen waren dadurch hervorgerufen, dass wir Angeklagte diesen Zeuginnen die einzelnen Begebenheiten des Tages vorhielten, an dem wir während des ganzen Nachmittags im Hause Abenthorstrasse 16 zugegen waren und uns mit den dort anwesenden Gästen unterhalten hatten. Diese Zeuginnen nun gaben alle diese Tatsachen zu, behaupteten aber, dies alles sei nicht am 28. Nov., am Tage der Tat, sondern am 29. November, dem Tage nach der Tat gewesen.

Fortsetzung folgt.

# Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

## Asiatisches.

SPD. Die Presse der Kommunisten schreit täglich Blut, Revolver, Messer und Schlagring sind die einzigen Argumente der kommunistischen Politik. Ein echter Kommunist träumt stündlich von Aufhängen, Erschiessen, an die Wand stellen. Die Moskauer Erziehung wird wirksam. Die Grausamkeit, die Blutgier und die Unmenschlichkeit des Moskauer Regimes ist der Untergrund der Rowdypolitik der deutschen Kommunisten.

Das höchste Gericht der Sowjet-Union hat zum erstenmal die Lex-Bessedowsky angewandt. Der frühere Bevollmächtigte des Russischen Getreidehandel-Trust Miller Mahlis ist auf Grund dieses Gesetzes verurteilt worden. Danach ist jede GPU-Behörde und jeder Vollzugsausschuss verpflichtet, ihn zu erschiessen, wenn er betroffen wird. Eine Nicht-Anzeige des Gesuchten durch Dritte wird streng bestraft. Ein Mann ist vogelfrei geworden. Er soll gejagt werden, um umgebracht zu werden. Von geordnetem Rechtsverfahren ist keine Rede mehr, der offizielle Mord bedient sich mittelalterlicher Formen. Vogelfrei! Es bleibt die Frage, wie die GPU ihn auch ausserhalb Russlands verfolgen lassen?

Stalin hat eine neue Parole für seinen Agrarkurs ausgegeben: "Liquidierung des Kulakentums als Klasse." Der einzelbäuerlichen Wirtschaft soll die Existenzgrundlage entzogen werden, die einzelbäuerliche Bevölkerung soll ins Elend und den Hungertod gehen. Die russische Politik predigt Freiheit den Unterdrückten in anderen Ländern, im eigenen Lande führt sie die schlimmste Unterdrückungspolitik und verurteilt Millionen zum Tode.

Wie ein Nomadenfürst, zu Ross an der Spitze seiner Horde vor unterworfenen Bauerndörfern befiehlt: "Brennt nieder und rottet sie aus", so kommandiert Stalin den neuen Agrarkurs. Es gibt für die Zustände in Russland heute nur einen Vergleich: Asien, 14. Jahrhundert, Dschingiskhan.

## Katholischer Aktivismus.

Die katholische Aktion der Ecclesia Militans, der kämpferischen Kirche, hat ihre Gardeformationen. Dem Beobachter der katholischen Bewegung zeigt sich eine zunehmende Propaganda des Jesuitenordens, so dass man geradezu von einer Renaissance des Jesuitenordens sprechen kann. Ein Jesuitenpater ist einer der markantesten Journalisten der katholischen Bewegung, Jesuiten als Wanderprediger werden zu einer immer häufigeren Erscheinung. Vor kurzem predigte in Jena der Jesuitenpater Ludger Born gegen die Kinderfreunde.

Der Hauptsitz der Propaganda ist Schloss Fürstenried bei München, der Stätte für katholische Exerzitien. Über die Tätigkeit des Hauses Fürstenried unterrichten die folgenden Auszüge aus der katholischen Presse:

"Ehevorbereitungsexerzitien. Eine neue Zeit hat es darauf abgesehen, die christliche Familie zu zerstören. Um diejenigen, welche in die Ehe treten, einzuführen in die Kunst eines glücklichen Ehelebens werden in neuerer Zeit Ehevorbereitungsexerzitien abgehalten, welche ganz eingestellt sind auf die Vermittlung notwendiger Kenntnisse in dieser Frage. Erfahrene Seelsorger und Ärzte reichen sich die Hände, um in gegenseitiger Ergänzung diese wichtigste aller Fragen allseitig zu beleuchten. Soll Dein Leben frei von Enttäuschung, Deine Ehe eine glückliche werden, dann besuche auch Du die Ehevorbereitungsexerzitien, welche im Exerzitienhaus Fürstenried abgehalten werden." "Natürlich handelt es sich um katholisch-religiöse Beeinflussung, nicht etwa um Exerzitien im Sinne Vandeweldes "

"Exerzitien der Münchener Schutzpolizei. Wiederum hat eine stattliche Schar, 145 Angehörige der Schutzpolizei Münchens in bekannt mustergültiger Weise Exerzitien in Fürstenried gehalten. Der tadellos äusseren Haltung entsprach der innere Ernst und Eifer, womit sie den grossen Fragen, dem Sinn des Lebens, dem Weg und der Weihe des Lebens nachgingen. Polizeioberpfarrer Dr. Schneider reichte am Schlusstage den Glücklichen die Heilige Kommunion aus jedem Kelch, den er nach dem Testament eines gefallenen Offiziers zum Geschenk erhielt."

Da haben wir also in grossem Umfange die Jesuitenpropaganda in der Polizei! Diese Zunahme des katholischen Aktivismus ist eine Zeiterscheinung, an der man nicht vorübergehen darf!

Du sollst zu Fuss gehen!

-----

Die Hetze gegen die Arbeitslosen-Versicherung will nicht aufhören! Die "Bayerische Staatszeitung" berichtet aus Freyung im Bayerischen Walde, dass sich Arbeitslose aus der Umgebung nach Erhalt ihrer Erwerbslosenunterstützung von einem Verkehrs- und einem Mietauto hätten heimfahren lassen. Der Bericht ist mit der üblichen moralischen Sasse versehen: Untergrabung der Volksmoral, Auswüchse, Vergnügungs- und Luxusautofahrten.

Für gewöhnlich pflegt die bayerische Presse anders über den Bayerischen Wald zu schreiben, für gewöhnlich klagt sie über die ungeheure Not und fordert Grenzlandhilfe für diese Gebiete! Wie war es nun mit der Untergrabung der Volksmoral?

In einem Fall haben sich 15 Erwerbslose und Arbeiter aus Kreuzberg von Freyung nach Kreuzberg in einem zufällig zur Verfügung stehenden Lieferwagen fahren lassen und haben dafür eine kleine Entschädigung gezahlt, Im einem zweiten Falle hat ein Bauer, der seinen Hof verkauft hatte, einigen Erwerbslosen die Heimfahrt mit dem Verkehrsauto bezahlt.

Die Erwerbslosen von Kreuzberg müssen morgens 12 Kilometer zu Fuss nach der Auszahlungsstelle in Freyung marschieren, und nach der Auszahlung wieder 12 Kilometer zurück, macht 24 Kilometer. Benützen sie eine sich bietende Fahrgelegenheit, so werden sie von der bürgerlichen Presse aus "Auswüchse" und "Schädlinge der Volksmoral" beschimpft. Der Arbeitslose muss zu Fuss gehen - das ist der Weisheit letzter Schluss in der Haltung dieser Presse den Erwerbslosen gegenüber.

Ausländische Hilfe für das Muckertum.

-----

Am Rheine blüht das Muckertum. Es eifert gegen den Strandbadebetrieb, es errötet vor Scham bei dem Gedanken, dass Freuen und Männer zusammen im Rheine baden. Das Muckertum hat Unterstützung erhalten. Etwa 270 Holländer, die eine Rheinreise unternommen hatten, haben in einem Schreiben mitgeteilt, dass sie Anstoss am rheinischen Strandbadebetrieb genommen haben und sich in ihren sittlichen Gefühlen verletzt fühlen. Sittlichkeitsschnüffelei, aus Holland frisch importiert!

Holland ist bekannt als das Land des Muckertums und der sittlich religiösen Lüge. Die Schlussitzung der Haager Konferenz musste um einen Tag verschoben werden, da die holländische Regierung zu verstehen gegeben hatte, dass sie eine Entheiligung der Sonntagsruhe durch eine offizielle Sitzung der Konferenz nicht wünsche.

Wir haben von diesem Muckertum genug im eigenen Lande, als dass wir es noch von auswärts zu importieren brauchten. Wenn die Herrschaften aus Holland Bedürfnis nach moralischer Reinigung haben, so mögen sie gefälligst bei sich selbst anfangen.

# "Aus aller Welt"

Rund um den Alkohol - aber heimlich.

-----  
15 000 Geheimkneipen in Detroit - Aufstossen ist anstössig, auch in  
"Hänsel und Gretel".

SPD. Die viel beachtete Streitfrage, inwieweit eine Person, die die von Amerikas Moralisten verpönten "Blind-Pigs", "Speak-Easys" oder wie sonst die im verborgenen blühenden Alkohöhlen bezeichnet werden, aufsucht, gegen die Gesetze verstösst, kam zur gerichtlichen Entscheidung durch einen Prozess, den die Witwe Anders gegen eine Lebensversicherungsgesellschaft auf Zahlung einer 1000 Dollar-Police im Namen ihres verstorbenen Mannes angestrengt hatte. Die Gesellschaft hatte als Einwand erhoben, dass Anders beim Besuche einer berühmten Geheimkneipe erschossen worden war und sich daher einer unnötigen Gefahr ausgesetzt hatte. Der Richter entschied zugunsten der Frau und hob im Urteil hervor, das Gericht lasse sich von dem Gedankengang leiten, dass die Prohibition zwar dem Gesetze nach, aber nicht den Tatsachen nach bestände. In Detroit allein existierten über 15 000 derartige Geheimkneipen.

+ + +  
In vollem Waffenschmuck ist jetzt die Woman Christian Temperance Union, die amerikanische Frauen-Temperanzbewegung, in Philadelphia auf den Schlachtplatz getreten und hat ihren gekränkten Gefühlen gegen die Oper "Hänsel und Gretel" laut und deutlich Luft gemacht. Der Grund der Entrüstung der edlen amerikanischen Weiblichkeit ist das Auftreten eines weinseligen Mannes in der Oper. Die Exekutive der Union hat einen Beschluss angenommen, in welchem die Behörden ersucht werden, für die Streichung dieser Rolle Sorge zu tragen, die auf die zahlreichen Kinderbesucher von schlechtem Einfluss sein müsse. Die Leiter der Operngesellschaft haben zwar versucht, sich mit einem herzlichen Gelächter über derartige Forderungen hinwegzusetzen, scheinen aber damit in Philadelphia an die Unrechten geraten zu sein. Der Vorsitzende der Theater-Kontrollkommission Philadelphias, ein Pfarrer Poole, hat sich nämlich auf den Standpunkt gestellt, dass auch nach seinem Dafürhalten "keine Szenen trunkener Lust vor Kindern und Jugendlichen aufgeführt werden sollen". Wenn sich die Stadtverwaltung dieser Ansicht anschliesst, ist die bedrohte Tugend Philadelphias wieder einmal gerettet.

+ + +  
Die Frau in der Arbeitsfront. Das Frauenbüro des Bundes-Arbeitsdepartements hat in einer Studie der Wirtschaftlerin Agnes L. Peterson den Beweis dafür angetreten, dass in der modernen Industrieraera Amerikas die Hauptlasten des Existenzkampfes auf die Schultern der arbeitenden Frauen fallen. Die Frauen Amerikas sind durch die hohe Lebenshaltung mehr und mehr gezwungen, durch Uebernahme von Arbeiten ausser dem Hause zur Bestreitung der Lebenskosten beizutragen. Die häufigen Arbeitsunfälle in der Union machen die Frau sehr oft zum alleinigen Brotverdiener für die ganze Familie, deren schweres Los durch die niedrigen Frauenlöhne noch vermehrt wird. Von den zur Untersuchung herangezogenen 60 000 Frauen gaben über die Hälfte ihr gesamtes Einkommen zur Mitbestreitung der Haushaltskosten. Von 455 Arbeiterinnen aus der Gruppe neu Eingewanderter nach Pennsylvania konnten nur 108 die Wochenlöhne ihrer Männer mit 30 Dollar angeben. In zahlreichen Fällen ist die den verunglückten Männern gezahlte wöchentliche Unterstützung so gering, dass die Frau alle Kräfte anspannen muss, um sich, den Mann und mehrere Kinder notdürftig zu ernähren. Auch unter den unverheirateten Frauen ist die Lage nicht viel anders. 20 Prozent der befragten 17 000 unverheirateten Frauen sind gezwungen, mit ihren mageren Löhnen eine ganze Familie selbständig zu ernähren. Unter



diesen Umständen gewinnt die Ansicht unter den arbeitenden Frauen Amerikas mehr und mehr Boden, dass die Ehe nicht nur nicht ihre Lage erleichtert, sondern im Gegenteil ihre Verantwortung und Pflichten steigert.

+ + +  
Schnellzug zermalmt Hundekarren. Bei Ruinenwold in der Provinz Groningen überquerte eine Hundekarre mit zwei davor gespannten Hunden gerade in dem Augenblick den Bahndamm, als ein Schnellzug aus Groningen heranbrauste. Der Wagenführer sprang sofort ab, während der Zug den Wagen vernichtete und die beiden Hunde zermalmte.

+ + +  
Eingefrorener Taucher! Zur Arbeit an einem Kastendamm in der Nähe von Quebec (USA) stieg der Taucher Peter Trans unter Wasser. Während er unten arbeitete, gefror oben das Wasser zu. Der Taucher ist jetzt schon seit hundert Stunden im Eise eingeschlossen. Mit vollständiger Rettungsausrüstung eilten zwei andere Taucher im Flugzeug zu Hilfe, konnten aber wegen der Vereisung des Stromes den Verunglückten bis zur Stunde noch nicht bergen.

+ + +  
Zweiter Hirschberger "Vatermord"? Zu drei Monaten Gefängnis wurde vor dem Hirschberger Schöffengericht am Donnerstag vormittag der 17 jährige Sohn des Friseurs Otto Menzel aus Querbach verurteilt, weil er aus Fahrlässigkeit seinen Vater tötete. Der Friseur Menzel hatte den Sohn wegen einer Ungezogenheit gezüchtigt und ihn dann in der Schlafstube eingeschlossen. Der Sohn nahm im Schlafzimmer den Revolver seines Vaters, den er dort fand, an sich, erbrach die Tür und begegnete nachdem seinem Vater. In diesem Moment entlud sich aus ungeklärter Ursache die Pistole und traf den Friseur tödlich. Der Angeklagte erhielt von allen Seiten ein gutes Zeugnis. Den Verdacht der vorsätzlichen Tötung konnte das Gericht nicht für begründet erachten.

+ + +  
Brennender Berg. In Fresno (Kalifornien) geriet auf einem Berge eine Petroleumanlage durch Explosion in Brand. Zahlreiche Personen wurden schwer verletzt, auch mehrere Todesopfer sind zu beklagen. Es war ein schaurig-schöner Anblick, als sich das brennende Petroleum den Berg hinunter ergoss.

+ + +  
Muttermörderin zum Tode verurteilt. In Orleans wurde zur Hinrichtung durch Guillotine, die es in Frankreich noch gibt, Augustine Agogne verurteilt, weil sie, um in den Besitz der Erbschaft zu kommen, ihre Mutter erwürgt und dann aufgehängt hat. Die Tochter wollte den Eindruck erwecken, als ob sich die Mutter selbst das Leben genommen hätte.

+ + +  
Angst hat er - aber Besserung? Als am Donnerstag vormittag vom Schwurgericht I in Berlin-Moabit gegen die Brüder Alfred und Erwin Steppuhn verhandelt werden sollte, die beschuldigt werden, in der Nacht zum 15. Juni eine Messerstecherei verursacht zu haben, bei der mehrere Personen verletzt worden sind und ein Mann sogar tödlich verwundet wurde, brachte sich kurz vor Beginn der Verhandlung Alfred Steppuhn tiefe Schnitte an Armen und Beinen bei. Steppuhn wurde auf einer Bahre in den Verhandlungssaal getragen, aber weder der Vorsitzende, noch der Verteidiger, noch die als Zeugin erschienene Mutter des Angeklagten vermochten ihn trotz des Hinweises auf eine nur um so längere Untersuchungshaft zum Reden zu bringen. Die Verhandlung musste auf den 6. Februar vertagt werden.

+ + +  
Ein tapferer Tischlergeselle. Der Tischlergehilfe Franz Polcar rettete in der Nähe von Jannowitz sechs im Eise eingebrochene Kinder unter eigener Lebensgefahr vor dem Tode des Ertrinkens. Dreimal schwamm Polcar, der selbst eingebrochen war, durch das eiskalte Wasser an die Kinder heran, von denen er jedes Mal zwei auf einmal herausholte. Als die Eltern der Kinder dem Retter danken wollten, war er bereits verschwunden.

+ + +

Verhafteter Wessel-Attentäter. Von den Rowdys, die vor kurzem in Berlin den nationalsozialistischen Studenten Ludwig Wessel in Berlin in seiner Wohnung überfielen und so zurichteten, dass mit dauerndem Sprachverlust zu rechnen ist, wurde gestern einer verhaftet. Es ist dies der 22 jährige arbeitslose Kohlenarbeiter Ernst Lange. Erst nach längerem Leugnen erfolgte sein Geständnis, aus dem hervorgeht, dass der Ueberfall bis in alle Einzelheiten vorbereitet gewesen ist. "Ali", der Anführer, hält sich offenbar noch in Berlin auf. Der dritte Verbrecher ist unter dem Spitznamen "Pipel" bekannt.

+ + +  
Nun doch noch Winter! Der warme Winter, wie wir ihn seit dem Jahre 1924/25 nicht mehr erlebt haben, wird auf Grund meteorologischer Berechnungen in den nächsten Tagen sein Ende finden: es kann sogar aussergewöhnlich kalt werden. Während bis jetzt noch über der Ostsee ein Depressionsgebiet lagerte, ist auf seiner Rückseite ein Kaltlufteinbruch erfolgt. Die Depression über der Ostsee selbst ist im Abwandern und im Osten des Reiches sind die Temperaturen schon gesunken. Aus Schlesien wird starker Frost gemeldet, aus Sachsen und Thüringen Schnee. Je weiter man in Europa nach Osten vordringt, desto kälter ist es; so mass man in Russland beispielsweise 28 Grad unter Null. Diese Kälte verschiebt sich nun nach Westen und bald werden wir in ihrem Bereich liegen und frieren. Viel Schnee wird im übrigen dabei nicht fallen.

+ + +  
Mordanschlag auf Chefredakteur. Auf den Chefredakteur der Zeitung "La Bataille" in Bordeaux wurde am Mittwoch nachmittag durch den Direktor eines Caféhäuses ein Revolverattentat verübt, weil der Caféhäusesbesitzer sich durch einen Artikel des Blattes sehr zu Unrecht geschädigt fühlte. Der Chefredakteur wurde durch Streifschüsse beträchtlich verletzt und in ein Krankenhaus überführt, der Angreifer verhaftet.

+ + +  
Wieder zwei Autotote bei Bahnschranke. An der Strecke Breslau-Kamenz wurde am Mittwoch bei Schönborn ein mit zwei Personen besetztes Auto, das in eine geschlossene Schranke hineinfuhr, vom Zuge erfasst und vollständig zertrümmert. Zwei Fleischer aus Breslau, die im Wagen sassen, wurden auf der Stelle getötet. Die Beleuchtung am Bahnübergang war vorschriftsmässig.

+ + +  
10 064 Autodiebe in New York. In einer von der New Yorker Polizei herausgegebenen Schrift, die das diebische Leben und kühne Treiben der Autodiebe plastisch schildert, wird mitgeteilt, dass im Jahre 1929 10 064 Kraftwagen gestohlen wurden. Nur 40 % der Diebe konnten dingfest gemacht werden. Im Verbrecheralbum sieht man 1900 Bilder gewerbsmässiger Autodiebe, 6500 Photos von des Autodiebstahls Verdächtigen und von 3000 Hehlern. Der Mann, der im Autodiebstahl alle Rekorde schlug, William White, ist unter den Festgenommenen. Er hat es fertig gebracht, innerhalb von 7 Monaten 608 Kraftwagen zu stehlen und zu verkaufen, also etwa drei Autos pro Tag. Sein Wiederverkaufspreis der Wagen im Werte von 2000 bis 4000 Dollar war 1000 bis 2000 Dollar. Der Mann hatte einen ausgezeichneten Trick: er fuhr in den Morgenstunden durch die Hauptstrassen New Yorks und suchte Automobile, die von Typ und Aussehen des von ihm gefahrenen Wagens waren. Wenn das Opfer irgendwo Halt machte, hielt auch William White, Frau und Kinder im eigenen Wagen zurücklassend, den fremden indessen in Abwesenheit seines Besitzers besteigend und schleunigst zur nächsten besten Automobilauktion fahrend. Wenn der Gauner auf frischer Tat gefasst wurde, so entschuldigte er sich mit unglaublicher Frechheit, aber doch durchaus glaubhaft klingend, mit der Aehnlichkeit der beiden Wagen-